

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

AZB
3001 Bern

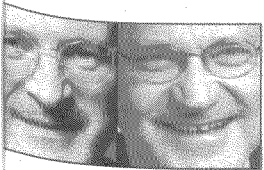
Herr
Franz Georg Maier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@triscom.ch Internet www.triscom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Präsidentenwahl

Die Kandidaten präsentieren ihre Rezepte für die FDP.

8/9



Tiefere Steuern in Bern

Grossrätin Brigitte Bolli Jost im Interview.

10



Freisinnige Kulturpolitik

Bundesrat Pascal Couchepin Rede an der Fachtagung in Zürich.

12-14

Schengen und Tourismus

Das bilaterale Abkommen Schengen/Dublin ist für den Schweizer Tourismus von grosser Bedeutung

Der Schweizer Tourismus setzt auf die rasche Umsetzung des bilateralen Abkommens Schengen/Dublin, um den Touristinnen und Touristen sowie den Geschäftsreisenden die Reise innerhalb Europas zu erleichtern und um im internationalen Wettbewerb gleich lange Spiesse zu erhalten.

Von Nationalrat
Duri Bezzola, Scuol GR

In den nächsten zehn Jahren wird der Tourismus weltweit um jährlich 4 Prozent wachsen. Bevölkerungstarke Fernmärkte (China, Indien, Russland) dürften dazu überdurchschnittlich beitragen. Steigerungsraten von über 10 Prozent pro Jahr können bei den Gästen aus diesen Ländern als realistisch eingeschätzt werden.

Gäste aus Fernmärkten übernachten tendenziell eher in Hotels und geben dabei rund 300 Franken pro Übernachtung aus. Sie generieren heute 2 Prozent der ausländischen Logiernächtezahlen und damit einen Umsatz von rund 180 Mio. Franken pro Jahr. Gemäss Wertschöpfungsstudien führt jeder Franken, den ein Gast in der Schweiz ausgibt, zu zusätzlichen Ausgaben von 60

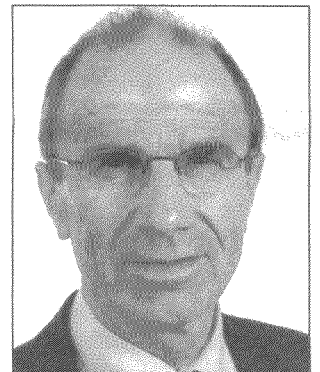
Rappen in Branchen, die nicht direkt dem Tourismus zugerechnet werden. Das entspricht weiteren 108 Mio. Franken im Jahr. Bis in zehn Jahren könnten sich die jährlichen Ausgaben, die durch Gäste aus Fernmärkten getätigt werden, ohne Berücksichtigung einer Teuerung mindestens verdoppeln.

Ohne Schengen keine Gäste

Der Schweizer Tourismus soll sich aktiv am weltweiten Wettbewerb um die Gäste aus den Fernmärkten beteiligen. Er muss dabei über gleich lange Spiesse wie seine europäischen Konkurrenten verfügen. Zu den zentralen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Tourismusentwicklung gehört deshalb auch die Teilnahme der Schweiz am Schengenraum. Gäste aus Fernmärkten kümmern sich nicht um

Grenzen oder um sicherheitspolitische Überlegungen innerhalb Europas. Auf einer Europareise ist die Schweiz meist eine von verschiedenen Zieldestinationen, die auf Grund ihrer zentralen Lage in Europa Garantie für sicheres Reisen bieten. Die Nicht-Teilnahme der Schweiz am Schengenraum wird sich aus mehreren Gründen negativ auswirken:

- Gäste wollen oder können sich ein separates Schweiz-Visum nicht leisten.
- Reisebüros scheuen den zusätzlichen zeitlichen Aufwand für die Einholung eines separaten Visums.
- Europa-Reiseprogramme werden ohne Schweiz angeboten (Substitution durch andere vermeintlich ähnliche Alpenländer).
- Einzelreisende nach Europa verzichten auf einen Abstecher in die Schweiz.
- Geschäftsreisende und Kongressreisende in die Schweiz können ihren Schweizbesuch nicht mit einem spontanen



Duri Bezzola

Abstecher ins Schengenland verbinden.

Ablehnung hätte fatale Folgen

Die Folgen einer solchen Politik sind absehbar:

- Die europäischen Konkurrenzländer können von der zunehmenden Mobilität in den Fernmärkten mehr profitieren als die Schweiz.
- Internationale Kongresse werden tendenziell ausserhalb der Schweiz organisiert.
- Die Schweiz verliert ihre Bedeutung als internationale Drehscheibe.

Um den Gästen aus den Fernmärkten den Schweiz-

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder rechtsanwälte

Fortsetzung von Seite 1

Aufenthalt trotz der zusätzlichen Hürden schmackhaft zu machen, wäre die Schweizer Tourismuswirtschaft gezwungen, überdurchschnittlich in die Bearbeitung dieser Märkte zu investieren.

Die Harmonisierung der Visumsvorschriften zwischen der Schweiz und der EU ist für den Tourismus höher zu werten als die Einführung der Visumpflicht für die Gäste aus den 17 Ländern (Südafrika und verschiedene Karibikstaaten), die heute kein Schweiz-Visum benötigen, zumal einige Destinationen im schweizerischen Grenzraum massgeblich auf offene Grenzen angewiesen sind.

Alternativen überzeugen nicht

Die einseitige Anerkennung des Schengen-Visums durch die Schweiz ist nur eine halbe Lösung des Problems. Wir könnten damit weder die heute unterschiedliche Handhabung der EU-Weisungen durch die einzelnen Schengenländer noch die Reaktionen der Reisebüros und der Gäste auf die nach wie vor bestehende Komplikation beeinflussen. Verhandlungen mit der EU, die Wiedereinreise nach dem Schweiz-Aufenthalt einheitlich zu akzeptieren, müssten zuerst noch geführt werden. Zudem würde ein Schweiz-Visum auch weiterhin nicht zur Einreise in den Schengenraum berechnen. ■

Nationalbankgold kann endlich nachhaltig investiert werden

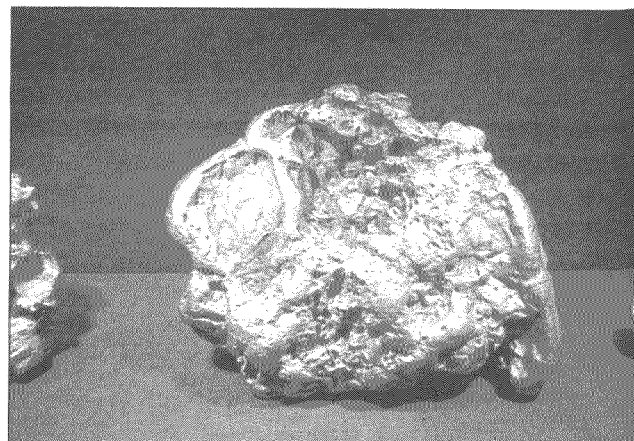
Volksauftrag wird erfüllt

Die FDP begrüsst den bundesrätlichen Entscheid zur Verteilung des überschüssigen Nationalbankgoldes an Bund und Kantone und fordert den vollumfänglichen Einsatz der Mittel für den Schuldenabbau. Mit seinem Beschluss folgt der Bundesrat den von der FDP seit Beginn der Verteilungsdiskussionen gestellten – und von Nationalrat Gerold Bührer in der letzten Ausgabe des «Freisinn» bekräftigten – Forderungen.

FDP. Nach den klaren Äusserungen von Volk und Parlament hat nun der Bundesrat entschieden, dass das überschüssige Nationalbankgold keinem neuen Zweck zugeführt werden soll. Mit diesem Entscheid werden der Volksauftrag und die Verfassung respektiert.

Nicht beirren lassen hat sich der Bundesrat von den zahlreichen Störmanövern der KOSA-Initianten. Mit fadenscheinigen Argumenten haben diese unablässig versucht, die Verfassung auszuhebeln. Die

FDP fordert weiterhin – auch im Hinblick auf die KOSA-Initiative – den vollständigen Verzicht auf eine Verknüpfung der aufgelaufenen und künftigen Nationalbankgewinne mit der Finanzierung der hochdefizitären Sozialversicherungen. Ordnungspolitisch käme eine solche Verknüpfung den Verhältnissen einer Bananenrepublik gleich. Die KOSA-Initiative stellt einen Angriff auf die Schweizerische Nationalbank dar und würde den Schweizer Franken den Launen der Politik ausset-



Goldsegen für die Kantone.

zen. Die FDP wird – offenbar als einzige bürgerliche Partei – weiter dafür kämpfen, dass die unselige Aushöhung der Nationalbank zugunsten des Sozialausbaus verhindert wird. Nun werden die rund 21 Milliarden Franken aus dem Verkauf des überschüssigen Nationalbankgoldes – wie dies die Ver-

fassung vorsieht – zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone ausbezahlt. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass der Bundesanteil zur Schuldentilgung eingesetzt wird. Dadurch sinkt die Zinslast des Bundes und die Substanz bleibt de facto auch für die kommenden Generationen erhalten.

Die FDP fordert die Kantone auf, ebenfalls entsprechend aktiv zu werden. Zahlreiche Kantone können mit diesen Mitteln einen beträchtlichen Teil ihrer Staatsschuld abtragen und damit finanziellen Spielraum gewinnen. Je nach Kanton können sogar Voraussetzungen für Steuerensenkungen geschaffen werden. ■

Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Sie ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform.

Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Es werden ausschliess-

lich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz
Redaktion «Schweizer Freisinn»
z. H. Herrn Nico Zila
Postfach 6136
3001 Bern
zila@fdp.ch

Guido Westerwelle bei der Bündner FDP

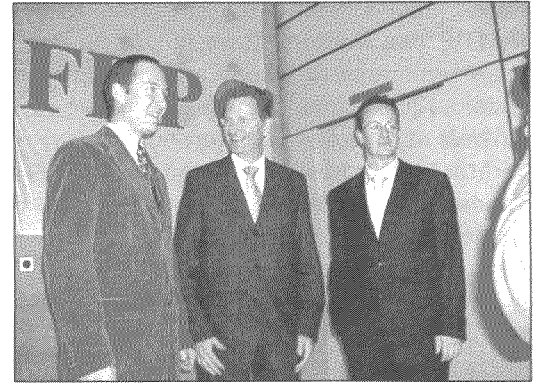
Der Vorsitzende der FDP Deutschland begeisterte am Neujahrsapéro in Chur



Guido Westerwelle lässt sich aus erster Hand über Aktuelles aus dem Bündnerland informieren. (v. l. n. r.) alt Regierungsrat Jakob Schutz, Guido Westerwelle, Regierungsrat Martin Schmid und alt Regierungsrat Reto Mengiardi.



Hören interessiert zu: (v. l. n. r.) Guido Westerwelle, Jakob Schutz und FDP-Interimspräsidentin Marianne Kleiner.



Christian Rathgeb, Präsident der FDP Graubünden, Guido Westerwelle und Martin Schmid strahlen Zuversicht aus (v. l. n. r.).

Der FDP Graubünden gelang es, für den traditionellen Neujahrsapéro Ende Januar einen besonderen Politiker als Referenten zu gewinnen. Mit Begeisterung und Bewunderung folgten die über 200 Gäste dem Vortrag Westerwelles zum Thema «Wohlstand

durch Reformen». Frei formulierend zeichnete der Vorsitzende der FDP Deutschland konkrete Wege aus dem auch in der Schweiz drückenden Reformstau auf.

Zeigen Sie Farbe für die FDP!

Mit diesen stilvollen Accessoires aus dem FDP-Shop zeigen Sie, für welche Partei Ihr Herz schlägt. Auf www.fdp.ch finden Sie zudem viele weitere Artikel.



FDP-Foulard

Fr. 50.-



FDP-Krawatte

Fr. 40.-



FDP-Knirps

Fr. 15.-

FDP Kanton Bern nahm die beiden Kandidaten unter die Lupe

Fulvio Pelli knapp vor Georges Theiler

Die FDP des Kantons Bern nutzte an der Delegiertenversammlung in Interlaken die Gelegenheit, die beiden Kandidaten für das Präsidium der FDP Schweiz näher kennen zu lernen. In einer von Nationalrätin Christa Markwalder moderierten Fragerunde standen sich der Tessiner Fulvio Pelli und der Luzerner Georges Theiler gegenüber.

Von Nico Zila, Redaktor
«Freisinn», Bern

Die Berner FDP hatte für diesen spannungsvollen Abend eine passende Lokalität ausgewählt. Der Tagungssaal im Grand Hotel Victoria-Jungfrau in Interlaken war an der Delegiertenversammlung vom

2. Februar denn auch bis auf den letzten Platz gefüllt. Es darf angenommen werden, dass der grosse Aufmarsch nicht nur den durchaus interessanten kantonalen Themen galt, sondern vor allem durch das «Hearing» der beiden Kandidaten für das Parteipräsidium der FDP Schweiz motiviert war.

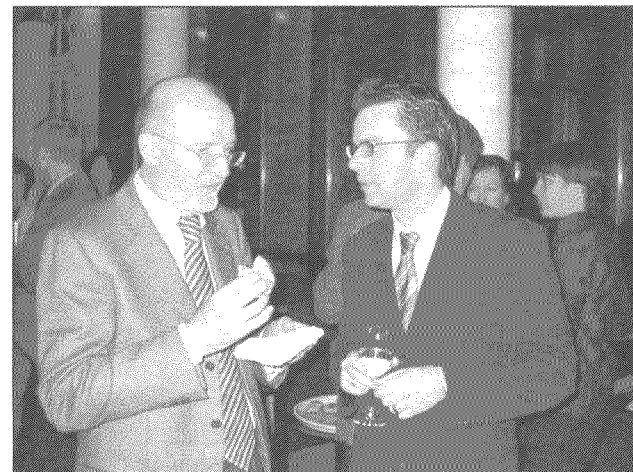
Gute Fragen – interessante Antworten

Der Tessiner Nationalrat Fulvio Pelli und sein Luzerner Ratskollege Georges Theiler stellten sich sichtlich gut gelaunt dem breiten Fragenkatalog von Christa Markwalder und den Fragen aus den Reihen

der Delegierten. In entspannter Atmosphäre gaben sie Auskunft zu ihrem persönlichen und politischen Werdegang, zu ihrer Haltung in konkreten Sachfragen und zu ihrer Vision für die FDP. Pelli wies auf seine erfolgreiche Amtszeit als Präsident des Tessiner Freisinns hin, während der seine Partei die Lega in Schach gehalten habe. Theiler versprach im Falle seiner Wahl inhaltliche Kontinuität an der FDP-Spitze. Er werde den politischen Kurs von Rolf Schweizer weiterverfolgen. Während Theiler zudem nicht vergass, auf seine familiären Bande zu Bern hinzuweisen, punktete Pelli beim Publikum mit seinen vorzüglichen Deutschkenntnissen.

Delegierte fällten knappen Entscheid

Im Anschluss an die Frageunde war die Reihe an den



Fulvio Pelli stärkt sich vor dem Auftritt und hört interessiert den Neuigkeiten von FDP-Generalsekretär Guido Schommer zu.

Anwesenden, ihren Parteikollegen, die an der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz stimmberechtigt sind, eine Empfehlung mit auf den am 5. März anzutretenden Weg in den Berner Kursaal zu geben. Knapp sprachen sich die bernischen Delegierten mit 90 zu 80 Stimmen für Fulvio Pelli als neuen FDP-

Präsidenten aus. Mit freundlichem Applaus wurden die beiden Kandidaten schliesslich auf den (mehr oder minder langen) Heimweg entlassen. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

27. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 71.160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Redaktion:

Nico Zila

Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon 031 320 35 35

Fax 031 320 35 00

E-Mail zila@fdp.ch

Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG

Bündtenstrasse 10

4410 Liestal

Telefon 061 926 93 33

Fax 061 926 93 30

E-Mail

verkauf@triscom.ch

Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print

Postfach, 8021 Zürich

Telefon 01 258 15 07

Fax 01 258 18 99

ISDN 01 773 11 15

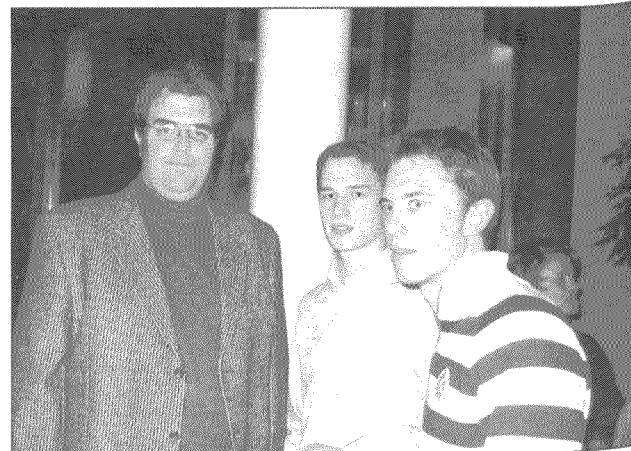
(alle Protokolle)

E-Mail print@nzz.ch

Internet www.nzzprint.ch



Johannes Matyassy, Präsident der FDP Kanton Bern (rechts), begrüsst die Gäste aus dem Kanton Obwalden: Ernst Michel, Präsident der Obwaldner FDP, und Regierungrätin Elisabeth Gander-Hofer.



Auch die Jungfreisinnigen Andres Kaufmann, Roman Zingg und Christian Dünner (v.l.n.r.) wollten den Präsidiumskandidaten auf den Zahn fühlen.

Graubünden

FDP setzt sich für Schuldenabbau ein



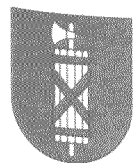
Die FDP Graubünden begrüsst den längst fälligen Entscheid

des Bundesrates in Sachen «Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank». Der Kanton Graubünden soll 434 Millionen Franken erhalten. Die FDP setzt sich bei der Verwendung dieses Geldes dafür ein, dass in erster Linie Schulden abgebaut und somit die jährlich wiederkehrenden enormen Schuldzinsen gesenkt werden können. Durch die Entschuldung wird der Kantonshaushalt entlastet, was unter anderem zu Steuersenkungen führen

sollte. Im weiteren ruft die FDP die Regierung auf, ein zukunftsgerichtetes Projekt, welches der kommenden Generation zugute kommen soll, zu prüfen. Der geplanten Gemeindestrukturreform könnten die nötigen Mittel für Gemeindeentschuldungen zugeführt werden und wirksame Anreize für Fusionen finanziert werden. Im Rahmen eines Fraktionsauftrages wird die FDP Graubünden für die kommende Grossratssession aktiv werden und ihre Verwendungsvorschläge konkretisieren. ■

St. Gallen

Sanierung und Erweiterung der HSG



Die FDP des Kantons St. Gallen unterstützt die Sanierung und

den massvollen Ausbau der Räumlichkeiten der Hochschule St. Gallen (HSG). Am 5. Juni wird über das 64 Mio. Fr. teure Bauprojekt abgestimmt. Die FDP hat mit Geschäftsführer Felix Keller die Federführung im überparteilichen Komitee «JA zur Bildung – JA zur erweiterten und sanierten Uni» übernommen.

Die mehrheitlich aus den 1960er Jahren stammenden HSG-Gebäude sollen umfassend saniert und

dem heutigen Bedürfnis nach kleineren Unterrichts-räumen angepasst werden. Die Sporthalle würde bei einer Annahme des Projektkredits zu einem Lehr- und Lerngebäude umgebaut und durch eine neue Dreifachhalle ersetzt. ■



Felix Keller

Bern

FDP lehnt Initiative «Pro Region» ab



Die Geschäftsleitung der FDP des Kantons Bern hat die Initiative

«Pro Region» einstimmig abgelehnt. Die Freisinnigen sind der Meinung, dass die Anliegen der Landregionen gleichberechtigt berücksichtigt und gewürdigt werden sollen, die Initiative «Pro Region» aber einen falschen Weg darstellt, dies zu erreichen.

Ein Zementierungsartikel staatlicher Strukturen, wie ihn die Initiative zu verankern versucht, hat in der bernischen Kantonsverfassung nichts zu suchen. Strukturerhaltung hat langfristig noch nie die gewünschten Wirkungen er-

zielt. Nach Ansicht der Freisinnigen stellt die Initiative «Pro Region» keinen Weg dar, den Anliegen der Landregionen gerecht zu werden. Die einzelnen Regio-

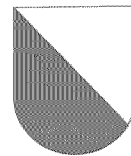
nen sind vielmehr durch gezielte Schwerpunktförderung ihren Potenzialen und Entfaltungsmöglichkeiten entsprechend zu unterstützen. ■



Mit künstlicher Strukturerhaltung in Randregionen ist niemandem gedient.

Zürich

FDP-Vorstand unterstützt Georges Theiler



Der Parteivorstand der FDP des Kantons Zürich hat nach dem Hearing in Horgen mit den beiden Anwärtern für die Nachfolge von FDP-Präsident

Rolf Schweiger, dem Tessiner Nationalrat Fulvio Pelli und dem Luzerner Nationalrat Georges Theiler, einstimmig beschlossen, seinen eidgenössischen FDP-Delegierten Georges Theiler zur Wahl zu empfehlen.

Ausschlaggebend für den klaren Entscheid der Parteiführung war Theilers Versprechen, den ordnungs-, fiskal- und finanzpolitischen Kurs des abgetretenen Parteipräsidenten Rolf Schweiger weiterzuführen. Ausserdem erschien dem Parteivorstand die von Theiler skizzierte Politik mit derjenigen der Zürcher FDP als kohärent, zeigte sich Theiler doch als weltoffene Persönlichkeit, als aufgeschlossen in gesellschaftspolitischen Fragen und als marktorientiert in wirtschaftspolitischen Belangen.

Als äusserst bedeutungsvoll erwies sich die Tatsache, dass Nationalrat Theiler die von der Zürcher FDP und weiteren 15 FDP-Kantonalsektionen lancierte Initiative «Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!», welche eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts fordert, als einer der Ersturheber aktiv unterstützt.

Im hart umkämpften medialen Umfeld traut man dem Deutschschweizer Theiler mehr Durchschlagskraft zu. Dies bewies er mit seinem Auftritt in Horgen: Theiler wirkte frisch und dynamisch. Nationalrat Fulvio Pelli beeindruckte die Anwesenden und den Parteivorstand durch seine hohe strategische Intelligenz und Führungserfahrung. Die Präferenz des Parteivorstandes tut den Qualitäten Pellis keinen Abbruch. Der Parteivorstand betont im Gegenteil seine Wertschätzung gegenüber dem Tessiner Fraktionschef. ■

Handlungsbedarf in der Schweizer Sicherheitspolitik

Umsetzung der verfassungsmässigen Aufträge muss garantiert werden

Eine wirkungsvolle Landesverteidigung ist unverändert ein Kernanliegen der Schweiz. In der Konzeption und Umsetzung sind die verfassungsmässigen Aufträge entsprechend zu präzisieren. Ebenso zwingend ist die genügende Ausstattung mit finanziellen Ressourcen.

Von Hans-Ulrich Bigler,
Mitglied Zentralvorstand
Schweiz. Offiziers-
gesellschaft SOG,
Affoltern am Albis

Auch wenn in der politischen Agenda das Thema Sicherheitspolitik kaum ein heiss diskutiertes Eisen zu sein scheint, muss für den Freisinn eine wirkungsvolle Landesverteidigung ein Kernanliegen sein. Eine wirkungsvolle Sicherheitspolitik setzt abseits von medialen Schlagzeilen Denken in langfristigen Szenarien voraus. Die FDP des Kantons Zürich hat hierzu mit ihrem eindeutigen Stellungsbezug «JA zu einer leistungsstarken Milizarmee» einen wesentlichen Beitrag in die Diskussion eingebracht.

Standortfaktor für die Wirtschaft

Nur ein Staat, der seine eigene Sicherheit zu garantieren in der Lage ist, kann politischer Aggression und wirtschaftlicher Erpressung wirksam entgegenreten. Innere wie äussere Sicherheit bieten Gewähr für Stabilität. Diese wiederum ist ein wesentlicher Standortfaktor und somit insbesondere auch für die Wirtschaft von grosser Bedeutung.

Als ein wesentliches Instrument einer so verstandenen Sicherheitspolitik ist unsere Milizarmee zu nennen. Diese kommt in den letzten Monaten kaum aus den meist negativen Schlagzeilen der Medien heraus. Nachdem die Armee jahrzehntelang ein Tabuthema war, ist es zunächst positiv zu werten, dass heute in einer breiten Öffentlichkeit die Diskussion geführt wird. Der Handlungsbedarf ist dabei momentan insbesondere in zwei Bereichen auszumachen.

Verfassungsmässigen Kernauftrag sicherstellen

Sorgen bereitet zunächst die Tendenz, mit Verweis auf eine zehnjährige Vorwarnzeit den verfassungsmässigen Auftrag der Verteidigung unterzugewichten. Bundesverfassung und Militärgesetz sind in dieser Hinsicht eindeutig. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Erfüllung des Kernauftrages, nämlich «letztlich der Gewährleistung der Selbstbestimmung des Landes und damit der Wahrung der eigenen völkerrechtlichen Souveränität» (vgl. Sipol-Bericht 2000).



Hans-Ulrich Bigler

In der aktuellen Diskussion ist jedoch völlig unklar, wie diese verfassungsmässige Vorgabe erfüllt werden soll. Schlagworte wie «Aufwuchsfähigkeit», «minimale Verteidigungskompetenz» und andere helfen hier nicht weiter, da unbeantwortet bleibt, wie der Zeitpunkt und der Ablauf eines derartigen Aufwuchses konkret gestaltet sein sollen und wie daraus abgeleitet der bezifferbare Mittelbedarf (Truppen, Ausbildung, Rüstung) und die damit zusammenhängende Auftragserfüllung im Detail aussehen sollen. Als Folge davon sind die vorgelegten Rüstungsprogramme zunehmend umstritten. Es wäre illusorisch zu glauben, hier im Krisenfall kurzfristige Korrekturen anbringen zu können.

Auch eine Einsatzarmee muss grundsätzlich auf den gefährlichsten Fall ausgerichtet und entsprechend ausgebildet werden. Mit dieser Gewichtung ist

sie ohne Weiteres in der Lage, die beiden anderen verfassungsmässigen Aspekte – den Subsidiaritätsauftrag (Unterstützung der zivilen Behörden) und die Friedensförderung – zu erfüllen. Der Umkehrschluss ist indessen nicht zulässig.

Friedensdividende ist bezahlt

Die zweite Sorge besteht im Bereich der Finanzen. Bereits in den neunziger Jahren musste das VBS – quasi im vorseilenden Gehorsam und mit dem Verweis, eine Friedensdividende sei zu bezahlen – seinen Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen leisten. Der Landesverteidigung wurden dabei systematisch und dauerhaft finanzielle Mittel entzogen. Zwischen 1990 und 1999 sanken die VBS-Ausgaben pro Jahr im Schnitt um 2,7%. Die Gesamtausgaben für die Landesverteidigung sanken auf allen Stufen von 6,7 Mrd. Fr. im

Jahr 1990 auf 5,4 Mrd. Fr. knapp zehn Jahre später. In allen übrigen Aufgabengebieten des Bundes war für diese Zeit eine ungebremste Kostenexplosion feststellbar.

Im Entlastungsprogramm 04 wird nun diese Tendenz mit einer weiteren Reduktion von über 400 Mio. Fr. fortgeschrieben. Bedenklich ist dabei, dass die Verschiebung der Auftrags-Prioritäten via Finanzpolitik festgeschrieben werden soll. Hier muss sicherheitspolitischem Denken wieder erste Priorität zukommen.

Primat der Politik unerlässlich

Dem Souverän war mit der Abstimmung zur Armee XXI ein Budget von 4,2 Mrd. Fr. vorgelegt worden, das in der Folge an der Urne mit überwältigendem Mehr (75%!) akzeptiert wurde. Mit Blick auf die verfassungsmässigen Aufträge und auf die Entwicklung des VBS-Budgets ist deshalb klar zu fordern, dass diese Vorgaben einzuhalten sind. An der Politik ist es, die nötigen Massnahmen zu ergreifen.

Auf der Basis der verfassungsmässigen Aufträge und der an der Urne bewilligten Vorlage ist die Definition eines sicherheitspolitischen Koordinatennetzes abgestützt durch die dazu notwendigen finanziellen Mittel unerlässlich. ■

Termine

Einladung zur a. o. Delegiertenversammlung

Samstag, 5. März, 13.30 Uhr
Kongress- und Kursaal Bern
Saal Szenario, Kornhausstrasse 3 (Tramlinie 9)

Samstag, 5. März 2005
Wahl Parteipräsident

13.30 Begrüssung
 Einführung
 Interimspräsidentin Marianne Kleiner, Nationalrätin

Vorstellung der beiden Kandidaten

Fragen der Delegierten an die beiden Kandidaten

Diskussion der Delegierten

Wahl des Parteipräsidenten

Kurzansprache des neuen Parteipräsidenten

ca. 16.00 Schluss der Delegiertenversammlung

Apéro

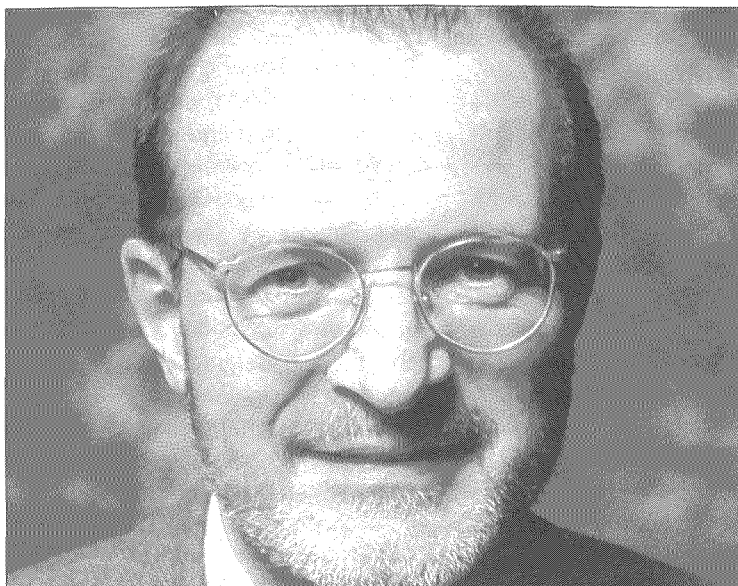
Ihre Anreise zum Kongress- und Kursaal Bern

- vom Bahnhof Bern: Tram Nr. 9, Richtung Guisan-Platz, Haltestelle Kursaal
- von der Bea Expo: Tram Nr. 9, Richtung Bahnhof, Haltestelle Kursaal

Mit freundlichen Grüssen
 Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
 Die Interimspräsidentin: *Marianne Kleiner, Nationalrätin*
 Der Generalsekretär: *Guido Schommer*



Fotos: senn & stahl



Stimmkarte nicht vergessen! Danke.

Präsidentenwahl am 5. März

So sehen die Kandidaten die Zukunft der FDP

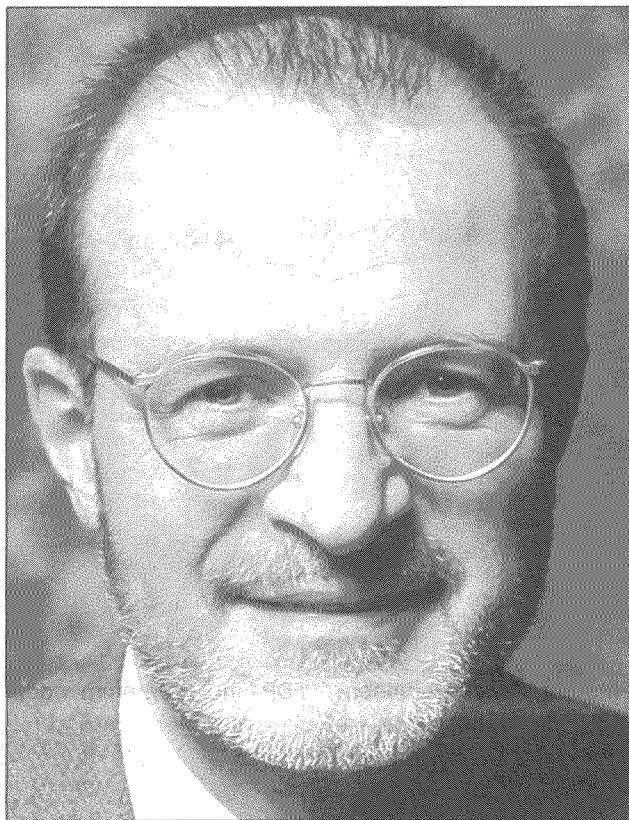
In weniger als zwei Wochen kommen die Delegierten der FDP Schweiz in Bern zusammen, um einen neuen Präsidenten zu wählen. Als Kandidaten stellen sich der Tessiner Nationalrat Fulvio Pelli und der Luzerner Nationalrat Georges Theiler zur Verfügung. Lesen Sie, wie die beiden Kandidaten die Herausforderungen und Chancen für die FDP in den kommenden Jahren beurteilen, und bilden Sie sich Ihre Meinung!

Von Nationalrat Fulvio Pelli,
Sorengo TI

Die Schweiz braucht Selbstvertrauen und Mut und auch die FDP braucht Selbstvertrauen und Mut. Wenn wir uns darüber einig sind, dann sind wir auf dem Weg zur Lösung vieler Probleme sowohl des Landes als auch der Partei.

Veränderungen verlangen mutige Entscheide

Die Schweiz steht vor wichtigen Entscheidungen. Dabei sind jene Entscheide, welche unsere Beziehungen zur Europäischen Union regeln, noch die einfachsten. Es geht darum, ein Vertragswerk für die Schaffung von Sicherheit und Abkommen zur Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anzunehmen oder abzulehnen. Die Abkommen und die Verträge liegen vor, wir müssen sie lediglich prüfen



Fulvio Pelli: Dialog statt Ungeduld.

und dann entscheiden. Die FDP ist fest davon überzeugt, dass wir die vor uns liegenden Vertragswerke gutheissen sollen, weil sie in unserem Interesse sind.

Schwieriger sind dagegen jene Entscheide, die wir allein vorbereiten und treffen müssen – die innenpolitischen Entscheide, welche auf die tiefgreifenden Änderungen in Wirtschaft und Gesellschaft folgen müssen. Staatssekretär Jean-Daniel Gerber hat kürzlich seine Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz in aller Deutlichkeit in die Öffentlichkeit getragen. Man kann sich zwar fragen, ob schlechte Nachrichten Mut

machen. Tatsache ist aber, dass das schwache Wirtschaftswachstum, die hohe Staatsquote und der Trend zur Erhöhung der Fiskalquote schwerwiegende Probleme sind. Die Stellungnahme von Staatssekretär Gerber kann deshalb dazu beitragen, die Bevölkerung für den Ernst der Lage zu sensibilisieren.

Die «NZZ am Sonntag» hat vor einiger Zeit einen Kommentar unter dem Titel «Reformen zu fördern ist wichtig, aber unpopulär» publiziert. In diesem Satz sind die Probleme der FDP zusammengefasst. Wir wissen, was für die Schweiz gut wäre: insbesondere eine viel bessere

Kontrolle der Ausgaben des Bundes und der Kantone und deshalb eine tiefgreifende Überprüfung der Staatsaufgaben und eine Reduktion der Verwaltung, Stopp der Schuldenwirtschaft, die Durchsetzung eines zielgerichteten Wachstumsprogramms, die Umkehrung des steigenden Trends bei der Fiskalquote und auch eine neue Strukturierung der Sozialwerke. Es gelingt uns aber nicht, unsere eigenen Überzeugungen in konkret wirksame Massnahmen umzusetzen, gegen die von den Links- und Rechtskonservativen geschürten Ängste erfolgreich anzukämpfen und in der Bevölkerung die Bereitschaft zu mutigen Reformen wachsen zu lassen.

Glaubwürdigkeit und Dialog erlauben Reformen

Wir sollten deshalb mutiger handeln. Mut darf aber nicht mit Ungeduld verwechselt werden. In einer direkten Demokratie ist es sehr wichtig, Konsens zu erzielen. Andere Länder können sich eher erlauben, der Bevölkerung schwerwiegende Massnahmen aufzudrängen. Die Schweiz nicht.

Es ist unsere Partei, welche die Mission hat, mit der Bevölkerung den Dialog zu suchen, Verständnis und Bereitschaft für schwierige, aber unvermeidliche Reformen zu schaffen. Dieser Dialog ist heute noch wichtiger als in der Vergangenheit, als un-

sere Glaubwürdigkeit als Partei noch nicht in Frage gestellt und in der Politik generell mehr mit- als gegeneinander gearbeitet wurde. Wir sind gefordert. Viele Versuche, an sich richtige Massnahmen zu ergreifen, sind in der Vergangenheit gescheitert, weil sie zu ungeduldig, ohne genügende Vorbereitung und oft mit Aggressivität in die Öffentlichkeit getragen oder sogar vor Volk gebracht worden sind. Wie konnte das Volk zu einem Zeitpunkt über die wichtige Reform des Elektrizitätsmarktes entscheiden, als ihm die Kenntnis des heutigen Marktes und seiner Schwächen noch fehlte? Die richtigen Ziele zu proklamieren, ist das eine. Den Weg zu den Zielen zu kennen, ist das andere.

In der Politik wird die Bedeutung des Weges oft unterschätzt! So wie der Bergsteiger die Spitze des Berges nur erreicht, wenn er den richtigen Weg ausgewählt, muss es der FDP gelingen, mit gründlicher politischer Arbeit anstatt mit Ungeduld und Überheblichkeit dazu beizutragen, der Schweiz den Mut wieder zu geben, schwierige Entscheide zu treffen und sie damit auf den richtigen Weg zurückzubringen. Das will ich durchsetzen. Deshalb stehe ich für das Präsidium zur Verfügung. ■

Präsidentenwahl am 5. März

So sehen die Kandidaten die Zukunft der FDP

In weniger als zwei Wochen kommen die Delegierten der FDP Schweiz in Bern zusammen, um einen neuen Präsidenten zu wählen. Als Kandidaten stellen sich der Tessiner Nationalrat Fulvio Pelli und der Luzerner Nationalrat Georges Theiler zur Verfügung. Lesen Sie, wie die beiden Kandidaten die Herausforderungen und Chancen für die FDP in den kommenden Jahren beurteilen, und bilden Sie sich Ihre Meinung!

Von Nationalrat Georges Theiler, Luzern



Georges Theiler

Der Freisinn ist die Partei der Zukunft. Dass dies wieder vermehrt wahrgenommen wird, ist eine der zentralen Aufgaben, die ich als Präsident übernehmen werde. Ich werde konsequent den Weg fortsetzen, den Rolf Schweizer gezeichnet hat.

Liberale Europapolitik

Vorerst ist es für mich zentral, den Dossiers «Personenfreizügigkeit» und «Bilaterale II: Schengen/Dublin» zum Durchbruch zu verhelfen. Denn seit dem Nein des Volkes zum EWR 1992 können wir unsere Europapolitik einzig über einen gezielten Bilateralismus gestalten. Dabei werden Abkommen auf der Ebene der einzelnen Themen abgeschlossen, entsprechend den Interessen unseres Landes und jenen der EU. Es ist liberal, wenn die FDP

diese pragmatische Politik unterstützt. Denn es ist die einzige Strategie, die es erlaubt, einerseits den Volkswillen, andererseits eine Isolierung unseres Landes zu verhindern. Die beiden Vorlagen sind FDP-Vorlagen, weil sie einen Weg fortsetzen, den wir vor rund zehn Jahren eingeschlagen haben. Die Dossiers sind aber auch für unsere Wirtschaft unabdingbar!

Für mich stehen folgende Schlüsselthemen im Zentrum:

Mehr Wachstum:

Wachstum schafft Arbeitsplätze – auch für Junge. Dies gelingt jedoch nur, wenn wir den Wettbewerb fördern, damit verschiedene Produkte wie beispielsweise Energie, Medikamente, Lebensmittel und Telekommunikation billiger werden. Die Preise müssen runter! Wachstum

entsteht, wenn unsere KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, sich frei entwickeln können. Es ist absolut notwendig, Bürokratie-Barrieren abzubauen. Unsere KMU müssen atmen können und sollen nicht in einer Papierflut von Gesetzen und Verordnungen ersticken.

Bildung und Forschung:

Der Forschungsplatz Schweiz gehört zur Weltspitze; die Universitäten und Fachhochschulen verfügen über ein hohes Niveau. Und trotzdem sind Verbesserungen und Korrekturen angebracht. Vor allem die Berufs- und Weiterbildung ist zu stärken, damit wir im internationalen Wettbewerb mithalten können. Vor diesem Hintergrund ist es ebenfalls notwendig, die Forschungsprogramme der EU noch besser zu nutzen. Auch dies spricht dafür, die bila-

teralen Verträge mit der EU abzuschliessen.

Demographie:

Betagte sollen gut betreut werden und ihren letzten Lebensabschnitt geniessen können. Sie sollen einen Teil von dem zurückerhalten, was sie für jüngere Generationen geleistet haben. Die Sozialwerke sind zu sichern, in erster Linie und zuerst auf der Ausgabenseite.

Das Ziel und der Weg

Ziel der FDP ist es, eine Politik zu verfolgen, die unser Land weiterbringt. Auf dieser Basis entwickelt die FDP ihr Programm, definiert sie die Ziele und bestimmt sie die Wege, die ans Ziel führen. Was das Verhältnis zu den anderen Parteien betrifft, so ist die FDP immer offen für eine konstruktive Zusammenarbeit auf der Ebene einer lösungsorientierten Sachpolitik. Eine intensivere Zusammenarbeit erhoffe ich mir mit den Liberalen.

Das Wahlziel für 2007 lautet: keine Verluste mehr. Bis dahin sollten wir die Talsohle erreicht haben. Vor allem sollten wir die Sitze im Ständerat halten. Ab 2011 sollten wir wieder zulegen. Bis es soweit ist, steht noch viel Arbeit an – eine Herausforderung, der ich mich gerne und motiviert stelle.

Als Luzerner Liberaler lebe und handle ich nach den Werten Freiheit und Eigenverantwortung – ich bekenne mich ohne Ausnahme zum Liberalismus.

Die Rolle des Staates sehe ich nicht als Vormund der Bürgerinnen und Bürger, sondern als Band, welches unsere Nation zusammenhält. Ich stehe ein für eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik: Der Staat gibt nicht mehr aus, als er hat. Für die Schweiz sehe ich einen grossen Reformbedarf. Die Schweiz muss wieder fit werden, im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Die Umsetzung von Reformen, primär im Bereich der Sozialwerke, des Gesundheits- und des Bildungswesens, sehe ich als eine der Hauptaufgaben der FDP Schweiz.

Meine Motivation für die Kandidatur

Darum kandidiere ich für das Präsidium der FDP Schweiz:

- Weil ich den Weg von Rolf Schweizer konsequent fortsetzen will.
- Weil mir mein Land und meine Partei am Herzen liegen, und weil ich mit der FDP wieder gewinnen will.
- Weil ich mit einer starken FDP die Schweiz reformieren und wieder vorwärts bringen will.
- Weil ich – bedingt durch meine bisherigen Tätigkeiten – weltoffen bin und über internationale Erfahrungen verfüge.
- Weil ich integrieren kann und die Kräfte der Flügel unserer Partei positiv nutzen will.
- Weil ich als Unternehmer führen kann.
- Weil ich kämpfen kann.

Steuerinitiative mit Vorbildcharakter

Die FDP des Kantons Bern setzt sich für tiefere Steuern ein

Die Berner FDP unterstützt die von 36 280 Bürgerinnen und Bürgern eingereichte Volksinitiative «Für tragbare Steuern» mit voller Kraft. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Berner Bevölkerung einer im schweizerischen Vergleich deutlich überdurchschnittlichen Steuerbelastung ausgesetzt sein muss. Der «Freisinn» hat sich mit Grossrätin Brigitte Bolli Jost (Bern) über die Initiative und die Haltung der FDP unterhalten.

Wie kam es zu dieser Initiative für tiefere Steuern?

Die Volksinitiative wurde von den bernischen Wirtschaftsverbänden aufgelegt. Dazu gehören der Handels- und Industrieverein, der Kantonalverband der Arbeitgeber-Organisationen und der Gewerbeverband «Berner KMU». Viele Berner Freisinnige haben von Beginn weg Unterschriften gesammelt oder die Initiative selber unterschrieben. Während im Grossen Rat zunächst ein Teil der freisinnigen Mitglieder für einen Gegenvorschlag zur Initiative eintrat, steht die FDP Kanton Bern nun – nachdem SP und SVP gemeinsam einen solchen verhindert haben – geschlossen hinter dem Volksbegehren.

Was würde sich denn für die Bürgerinnen und Bürger im Kanton Bern nach einer Annahme der Initiative ändern?

Alle, die Steuern zahlen müssen, würden entlastet. Die Ansätze bei der Staatssteuer würden rückwirkend auf Anfang 2005 um zehn Prozent gesenkt. Diese moderate, aber überfällige Senkung würde für den Kanton zu prognostizierten Mindereinnahmen von 370 Mio. Fr. führen. Bei jährlichen Ausgaben von rund 8 Mrd. Fr. entspricht dies nicht einmal fünf Prozent des Budgets. Wir Freisinnige sind



Brigitte Bolli Jost

der Meinung, dass mit entsprechendem gutem Willen Einsparungen in dieser Höhe gemacht werden können, die den Kanton nicht plötzlich anders aussehen lassen.

Der Regierungsrat wehrt sich mit Händen und Füssen gegen die Steuerinitiative und listet in den Abstimmungsunterlagen ganz konkret auf, welche Leistungen im Kanton Bern gefährdet sein könnten. Wie stehen Sie dazu?

Für mich sind diese Listen mit den angeblich gefährdeten Spitälern, Schulen und Postautolinien eine willkürliche Auswahl und reine Angstmacherei.

erhält und der Bundesrat vor kurzem einer für die Kantone günstigen Verteilung der überschüssigen Nationalbankgoldreserven zugestimmt hat. Diese Mittel sollen nicht einfach zu einer weiteren Aufblähung des Budgets führen, sondern eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zur Folge haben.

Sie haben die für Auseinstehende eher erstaunliche Zusammenarbeit der SP und SVP gegen die Steuerinitiative angesprochen. Wie kommt dieses Päckli zustande?

Die Berner SVP ist eine ausgesprochene Subventionsverteilungspartei. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich überhaupt nicht von der SP. Das Päckli ist eine logische Folge davon. Es ist schon bemerkenswert, wie sich das Engagement der SVP für hohe Steuern vom immer wieder laut proklamierten Programm der Partei unterscheidet.

Das Gespräch mit Brigitte Bolli Jost führte Nico Zila von der Redaktion des «Freisinns».

Zur Person: Brigitte Bolli Jost

Brigitte Bolli Jost ist 46 Jahre alt und wohnt in Bern. Sie politisiert seit elf Jahren für die FDP im Grossen Rat und ist Mitglied der Steuerungskommission, welche die Oberaufsicht über den Berner Finanzhaushalt wahrnimmt.

Die Resolution der Fachtagung «Staatskultur oder Kunstfreiheit?» ...

... wurde von über 100 Teilnehmern verabschiedet

Mehr als 100 Personen diskutierten in Zürich anlässlich der Fachtagung «Staatskultur oder Kunstfreiheit?» der FDP Schweiz und der Liberalen Partei Schweiz die künftige schweizerische Kulturpolitik. Aus freisinnig-liberaler Sicht ist eine freie Kultur ein zentrales Element für eine aufgeklärte Gesellschaft. Der Staat hat deshalb nicht zu entscheiden, was Kunst sei und was nicht. Er stellt lediglich Rahmenbedingungen zur Verfügung, welche es erlauben, dass Kunst entstehen kann. Folgende Resolution wurde von den Teilnehmern zu Händen der Geschäftsleitung der FDP Schweiz verabschiedet:

«Die FDP Schweiz verfolgt kulturpolitische Entwicklungen mit grosser Aufmerksamkeit. Jegliche Formen der Meinungsfreiheit sind unserer Partei seit jeher ein zentrales Anliegen. In ihrem Positionspapier zur Kulturpolitik postuliert die FDP Schweiz, Kunstschaffende müssten sich die Freiheit herausnehmen können, quer zum politischen und gesellschaftlichen Zeitgeist zu stehen und dies in ihren Werken auszudrücken. Die Meinungsfreiheit spielt für die FDP Schweiz eine zentrale Rolle. Nur Diktaturen unterwerfen das kulturelle Schaffen politischen Zielsetzungen. In einem Rechtsstaat hingegen dürfen die Behörden mit den Kulturverantwortlichen keine undurchsichtigen, insgeheim von der Politik abgesegneten Beziehungen unterhalten. Die für die Umsetzung der Kulturpolitik zuständigen Verwaltungsorgane sollten bei ihren Aktionen stets darauf bedacht sein, dem Kunstschaffen den grösstmög-

lichen Freiraum zu garantieren. Während die Wirtschaft ins «Kultursponsoring» investieren und als Gegenleistung für die punktuelle Unterstützung einen Imagegewinn erwarten kann, wehrt sich die FDP Schweiz gegen jegliche Versuche öffentlicher Institutionen, die Kultur zu instrumentalisieren, denn bei staatlicher Kulturförderung muss das Mäzenatentum die Regel sein. Die jüngsten Debatten zum Thema Kulturpolitik stehen klar im Widerspruch zu unseren freisinnig-liberalen Idealen. Jegliches Bestreben, die Kunst an die kurze Leine nehmen zu wollen – sei es im Rahmen einer Budgetdiskussion, sei es durch breit abgestützte Medienpolemik – ist inakzeptabel. Aus diesem Grund setzt sich die FDP Schweiz gegen sämtliche Versuche zur Wehr, die Kultur zu politischen Zwecken zu vereinnahmen. Sie akzeptiert nicht, dass die kulturelle Debatte von politischen Kräften in Beschlag ge-

nommen wird, denen es mehr um die eigene Medienpräsenz als um die Wahrung der kulturellen Vielfalt geht.

Die aktuelle Kulturdebatte ist geprägt von Intoleranz und öffentlichen Beleidigungen. Sie spiegelt ein Klima der Polarisierung wider, welches bisher bei politischen Entscheidungsprozessen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden nicht anzutreffen war. Sie ist dem Blockade-Syndrom zum Opfer gefallen, das die Schweizer Politik erfasst hat. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Gelingt dies nicht, kann der vom Volk im Jahre 1999 angenommene Verfassungsauftrag (Artikel 69 Absatz 2) nicht in eine konkrete legislative Umsetzung münden.

Bevor die Debatte zum Kulturförderungsgesetz richtig einsetzt, möchte die FDP Schweiz nochmals die Wichtigkeit gewisser Grundsätze betonen, ohne die eine konstruktive Debatte nicht stattfinden kann. Dabei legt sie besonderen Wert auf die Einhaltung folgender Punkte:

1. Die Kulturpolitik muss der föderativen Identität der Schweiz gerecht werden. Sie muss die kulturelle Vielfalt wahren und dabei der deutschen, der französischen, der italienischen und der rätoromanischen Schweiz Rechnung

tragen. Parallel dazu müssen kulturelle Aktivitäten, die von nationaler Bedeutung sind, gefördert werden.

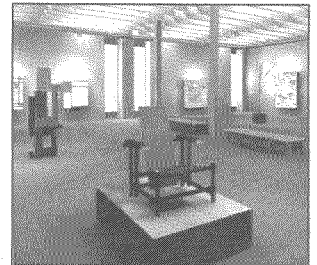
2. Dem Bund kommt eine unterstützende und koordinierende Rolle zu. Im Rahmen seiner Zuständigkeit soll er günstige Voraussetzungen für die Kultur schaffen, etwa in den Bereichen des Urheber- und des Arbeitsrechts oder bei der Besteuerung.

3. Bei den Kulturförderungsmaßnahmen des Bundes darf nicht nach dem Giesskannenprinzip verfahren werden.

4. Kultur ist nicht nur elitären Kreisen vorbehalten. Sie muss für jedermann zugänglich sein. Damit künftig mehr Gebrauch von kulturellen Einrichtungen gemacht wird, ist eine Politik erforderlich, welche die Nachfrage stärker fördert. Eine solche Politik soll die Ausbildung Kulturschaffender unterstützen und die Öffentlichkeit auf das Kulturschaffen in der Schweiz aufmerksam machen (z. B. durch gemeinsame Aktionen mit Schulen).

5. Die Stiftung Pro Helvetia muss unter allen Umständen unabhängig bleiben. Die Führungsstrukturen der Stiftung müssen jedoch effizienter gestaltet werden, so dass eine aktive und gezielte Kulturpolitik gewährleistet wird.

6. Das Bundesamt für Kultur (BAK) sollte seine Auf-



Resolution der Fachtagung «Staatskultur oder Kunstfreiheit?»

merksamkeit nicht nur auf den Bereich des Films richten, sondern sich über die spezifischen gesetzlichen Auflagen (Filmgesetz) hinaus auch auf die Unterstützung junger Kulturschaffender aus anderen Sparten konzentrieren. Der geringe Bekanntheitsgrad erschwert diesen Personen oft die Suche nach privaten Sponsoren. Sinnvolle Unterstützung von Seiten der öffentlichen Hand kann ihnen dabei helfen, sich einen Namen zu machen.

7. Unsere Kulturpolitik im Ausland muss besser koordiniert werden. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Institutionen des öffentlichen Bereichs und den privaten Einrichtungen muss klar strukturiert sein. Die Schweiz muss sich weiterhin an grossen internationalen Kulturveranstaltungen beteiligen. 8. Im Bestreben nach mehr Transparenz müssen die Rollen all jener Institutionen klar definiert werden, die mit der Durchführung kulturfördernder Massnahmen betraut sind. ■

Grundsätze liberaler Kulturpolitik

Bundesrat Pascal Couchepins Rede im Wortlaut

Bundesrat Pascal Couchepins kulturpolitische Grundsatzrede an der Fachtagung «Staatskultur oder Kunstfreiheit?» vom 5. Februar 2005 hat ein grosses Echo ausgelöst. Der «Freisinn» gibt Ihnen auf den nächsten drei Seiten die Gelegenheit, die Rede im Originalwortlaut zu lesen.

Von Bundesrat Pascal Couchepin, Bern

«Was hat Sie hierher geführt? Sie haben gespürt, dass Kulturpolitik für Freisinnige und Liberale ein wichtiges Anliegen ist. Warum? In der Kulturpolitik findet sich die gesamte Politikanschauung wieder. Die Kulturpolitik gibt Auskunft über die Werte einer Gesellschaft, auch über die Werte der Politiker, die diese definieren. Kulturpolitik gehört also ins Zentrum der Politik.

Kunstfreiheit

Ich habe in unserem Positionspapier zur Kulturpolitik folgenden bemerkenswerten Satz gelesen: «Die Stellung und die Wertschätzung von Kultur ist ein Indikator für die Freiheit.» In der Präambel unserer Verfassung steht zudem das urliberale Bekenntnis: «Frei ist nur, wer seine Freiheit gebraucht.» Aus einem solchen Verständnis heraus ist klar, dass für uns in der Kulturpolitik die Kunstfreiheit den zentralen Wert darstellt. Sie hat in unserem Staat zu Recht Verfassungsrang. Artikel 21 der Bundesverfassung lautet: «Die Freiheit der Kunst ist gewährleistet.» Diese liberale Sicht der Kunst und



Pascal Couchepin

Kultur ist heute bedroht. In politisch rechts stehenden Kreisen besteht die Tendenz, missliebige Kunstschaffende, das heisst «links stehende Künstler» zu bestrafen, wie wir es Ende des letzten Jahres wieder einmal erleben mussten. In politisch links stehenden Kreisen wird ebenfalls versucht, missliebige Autoren, das heisst «rechts stehende» Autoren auszugrenzen.

Wir können hier nicht tatenlos zusehen. Wir müssen für unsere gesellschaftsliberalen Werte kämpfen. Ich unterstütze mit grosser Überzeugung folgendes grundsätzliches Prinzip: Kunstschaffende müssen für sich die Freiheit herausnehmen können, quer zum politischen und gesellschaftlichen Zeitgeist zu stehen und das in ihren Werken auszu-

drücken. Nur so wirken sie anregend und fordern das Denken und den Widerspruch heraus.

Ein solches Verständnis von Kunst schliesst niemanden aus. Was für unsere Gesellschaft bedenklich ist, sind nicht die so genannten Skandalkünstler und -autoren, sondern diejenigen, die die liberale Gesellschaft durch Zensur oder Ausgrenzung in Frage stellen wollen. Wir dürfen eine solche Bedrohung unserer grundlegenden Werte, unserer liberalen Philosophie, nicht hinnehmen. Kulturpolitik ist ein Spiegel der gesamten Politikanschauung. Kulturpolitik weist direkt hin zum Freiheitsverständnis der Politik.

Aus meiner Sicht muss die FDP gerade via die Kunstfreiheit ihre inneren Werte vehement verteidigen. Wir sind die Partei der Freiheit, und so sind wir die Partei der Kunstfreiheit.

Kulturförderung

Kunst. Kultur. Die Künste sind die ästhetischen Ausdrucksformen der Kultur. Sie wissen, dass sich über den Begriff der «Kultur» trefflich streiten lässt. Zu viele Definitionen und Ansprüche lassen sich darunter verstehen. Doch hat die Politik international zu einem Konsens gefunden. Auch die Schweiz geht in ihrer Kulturpolitik von den weiten Kulturbegriffen der Unesco und des Europarats aus. Diese Entwicklung von einer Kunst- zur Kulturpolitik lässt sich ein-

drücklich in Frankreich ablesen. In der vierten Republik hiess das Kulturministerium noch «ministère pour les beaux-arts». In der fünften Republik wurde es zum «ministère des affaires culturelles».

Ein derart weiter Kulturbegriff macht klar, warum für Freisinnige und Liberale Kultur und Kulturpolitik so wichtig sind und auch sein müssen. Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, Kultur zu fördern. Denn der republikanische Staat, so wie wir ihn wollen, beruht auf Bildung und Kultur. Auch die Demokratie basiert darauf. Eine Schweiz ohne kulturelle Bildung wäre nicht mehr unsere Schweiz. Für eine Republik wie die Schweiz ist die Kulturförderung eine fortwährende, grundlegende Aufgabe.

Deshalb ist die Förderung von Kultur und Kunst im Staat aus liberaler Sicht unerlässlich. Kultur verdient deshalb Förderung durch Private und durch den Staat. Doch auch dieses zweite wichtige liberale Bekenntnis wird von rechts und links in Frage gestellt. Gewisse Kreise fordern, dass sich der Staat aus der Kulturpolitik zurückziehe. Andere Kreise wollen Kulturförderung von politischen Motiven abhängig machen. So soll beispielsweise Kultur gefördert werden, wenn sie im Dienst der «Ziele der schweizerischen Aussenpolitik» steht. Daraus lassen sich die folgenden beiden Extrempositionen ab-

leiten: Wer keine staatliche Kulturpolitik betreiben will, will keine Kultur. Wer die Kultur mit möglichst vielen Mitteln – und dazu noch politisch orientiert – vom Staat abhängig machen will, will eine Staatskultur.

Wir müssen uns diesen beiden Bestrebungen entschieden widersetzen. Wir wollen freie Künstler, die ihre Freiheit gebrauchen. Es ist Aufgabe des Staates, die Kultur zu erhalten und zu fördern. Der Staat ist aber nicht Sponsor, er erwartet kein Gegengeschäft. Er ist Mäzen, der die Freiheit der Kunstschaffenden respektiert. Die Politik darf Kultur nicht instrumentalisieren.

Kulturelle Vielfalt

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Prinzip einer liberalen Kulturpolitik: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft fördert die kulturelle Vielfalt.» Dies sagt der Zweckartikel, Artikel 2, unserer Bundesverfassung. Wohl in keinem Staat der Welt steht der Begriff der «kulturellen Vielfalt» prominenter in der Verfassung, als dies bei uns der Fall ist. Das ist richtig so. Die Schweiz definiert sich durch ihre kulturelle Vielfalt oder wichtiger noch, wie es die Verfassung sagt, durch die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Wir kommen damit zum spezifisch Schweizerischen Freisinnigen in der Kulturpolitik. Das Grundanliegen

der «Förderung der kulturellen Vielfalt» ist für uns für die Schweiz konstitutiv. Kulturelle Vielfalt gedeiht für uns am besten, wenn die kulturelle Landschaft und somit auch die Kulturförderungslandschaft möglichst vielfältig ist. Auf dieser Erkenntnis beruht letztlich die Existenz des heutigen Kulturföderalismus.

Wenn es einen politischen Bereich gibt, in welchem der Föderalismus berechtigt ist, dann ist es derjenige der Kulturpolitik. Wenn jeder Kanton und jede Gemeinde ihre Prioritäten in der Kulturpolitik ein wenig anders setzen, ist das in sich schon ein herausragender Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Schweiz. Wir müssen alles tun, damit dieser Reichtum erhalten bleibt. Der Bund soll daher weiterhin nur subsidiär zur privaten Initiative und zur Unterstützung aus Gemeinden und Kantonen tätig werden.

Auch in diesem Bereich gibt es aber gewisse Kreise, die der Meinung sind, dass es eine Führung durch den Bund braucht. Sie begründen dies mit der Erhöhung der Effizienz in der Kulturförderung. Dabei geht vergessen, dass die Eigengesetzlichkeit des Kulturbereichs von der Politik möglichst nicht tangiert werden sollte. Und es ist nun einmal so, dass der wirtschaftliche Effizienzgedanke mit dem kulturellen Antrieb, der Kreativität, den vielschichtigen neuen kulturellen Anläufen und Versuchen wenig gemein hat.

Dass Kulturförderung aber nicht bürokratisiert werden soll und auch keine vermeidbaren Doppelspurigkeiten aufweisen sollte, ist für mich selbstverständlich. Es muss stets darum gekämpft werden, dass möglichst wenig Geld in der Kulturbürokratie versickert. Selbstverständlich bin ich bestrebt, von den vorhandenen Mitteln für die Kultur möglichst das Maximum den Künstlern und den eigentlichen kulturellen Bestrebungen zukommen zu lassen.

Die Schweiz wird so lange bestehen, wie der Förderung der kultu-

rellen Vielfalt die notwendige Beachtung geschenkt wird. Denn die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Schweiz bedeutet Reichtum und Chance, ein Reservoir fruchtbarer Spannungsfelder und Impulse.

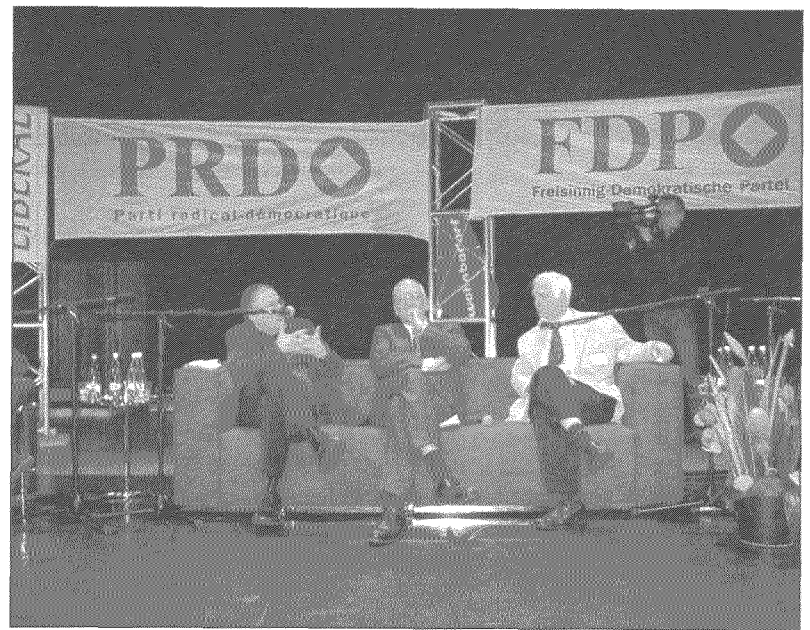
Nachhaltige Kulturpolitik

Wir wollen schliesslich eine «nachhaltige» Kulturpolitik. Das bedeutet, dass wir uns für die Kulturinteressierten von morgen einsetzen. Was würden uns subventionierte Kulturinstitutionen nützen, zu denen keiner mehr hingehet? Kultur verändert sich. Die Kulturpolitik darf nicht zu starr bleiben. Nicht alle sehen dies so. Heute kümmern sich viele weitgehend um die folgende Frage: «Wie können die geringer werdenden Mittel so eingesetzt werden, dass möglichst alle bestehenden Einrichtungen und Angebote angesichts der schwierigen Umstände bestehen können?»

Eine solche Debatte verläuft im Wesentlichen angebotsorientiert und ist in ihrem Kern strukturkonservativ, weil sie sich hauptsächlich auf den Erhalt einer historisch bedingten, oft zufällig gewachsenen Infrastruktur konzentriert. In der Kulturpolitik und der öffentlichen Kulturförderung ist aber für uns Liberale eine ständige Neuorientierung erforderlich. Es stellt sich zentral die Frage, was für uns nachhaltige Kulturpolitik konkret beinhaltet.

Was das «kulturelle Angebot» betrifft, sollen aus liberaler Sicht kulturpolitische Projekte gefördert werden, die unter dem Gesichtspunkt der Folgekosten und -kosten zukünftigen Generationen eine von ihnen selbst gestaltbare Kulturpolitik ermöglichen. Eine nachhaltige Kulturpolitik verzichtet auf Grossprojekte oder reine Prestige-Institutionen, seien es kostenträchtige Festivals oder Bauprojekte, die den kulturpolitischen Handlungsspielraum nachkommender Generationen einengen.

Ich bin aus liberaler Sicht zudem der Überzeugung, dass es nicht



Jürg Altwegg, Kulturjournalist bei der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», stellt seine kulturpolitischen Visionen vor. Bundesrat Pascal Couchepin und der Zürcher Autor Adolf Muschg hören interessiert zu.

am Bund und an der Politik liegt, zu entscheiden, welche kantonalen kulturellen Angebote als sogenannte Leuchttürme im «gesamtschweizerischen Interesse» sind. Ich werde somit im Rahmen des neuen Kulturförderungsgesetzes auf die vorgesehenen 30 Mio. zur Stützung von «wichtigen» kantonalen Institutionen verzichten. Eine langfristig orientierte, liberale Kulturpolitik kann und muss aus meiner Sicht aber vor allem für eine genügende «kulturelle Nachfrage» sorgen. Sie muss dazu beitragen, dass eine ausreichend grosse Menge von Menschen auch in Zukunft den Wert der Kultur erkennt und diese nachfragt. Nachhaltigkeit für Liberale heisst: Die Aufmerksamkeit muss viel stärker dem Publikum von morgen gelten. Ich bin der Meinung, dass Massnahmen bei der kulturellen Bildung und beim Zugang zur Kultur zum Aufbau zukünftiger Nutzer von Kunst und Kultur erforderlich sind. Im Entwurf des neuen Kulturförderungsberichts werde ich daher der Frage des Zugangs zur Kultur das notwendige Gewicht geben. Ich will mich deshalb nicht nur auf die dafür bisher vorgesehe-

nen 3 Millionen Franken beschränken, sondern diesen Bereich ausbauen.

Interesse an Kultur

Wo ist hier anzusetzen? Nicht alle Menschen fühlen sich gleichermaßen von Kunst und Kultur angesprochen. Laut wissenschaftlichen Studien finden sich drei deutlich unterscheidbare Gruppen: Die Intensivnutzer, das heisst Menschen, die eingehend die unterschiedlichen Kulturangebote nutzen, stellen 3 bis 5 Prozent der Bevölkerung dar. Zu den gelegentlichen und potenziellen Nutzern, zu welchen die grosse Gruppe gelegentlicher Nachfrager nach Kunst und Kultur sowie die Gruppe der Nicht-Mehr-Nutzer und Noch-Nicht-Nutzer zählen, gehören etwa 45 Prozent. Schliesslich interessieren sich die restlichen 50 Prozent der Bevölkerung prinzipiell für keine kulturelle Produktion.

Was führt zu der verhältnismässig grossen Gruppe von Nicht-Nutzern? Was kann getan werden, um zu verhindern, dass diese Gruppe in Zukunft noch grösser wird? Die

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Antwort auf diese Frage – das zeigen Untersuchungen weltweit – liegt in der Kindheit dieser Personen. Einerseits sind die Wertvorstellungen, die entweder von der Familie oder der Schule vermittelt worden sind, entscheidend. Andererseits scheint die Tatsache, in jungen Jahren mit Kunst konfrontiert worden zu sein oder die Kunst teilweise selbst praktiziert zu haben, bestimmend zu sein.

Es ist wahrscheinlich, dass Geschmack und Vorlieben in der Zeit vor dem zwanzigsten Lebensjahr festgelegt werden. Alle Massnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Kinder für Kunst und Kultur zu interessieren, sind demnach von entscheidender Wichtigkeit. Innovative Projekte sowohl auf privater Basis als auch auf Gemeinde- und Kantonebene, sollten also hier ansetzen. Wir prüfen, ob im Rahmen des neuen Kulturförderungsgesetzes

auch der Bund hierfür mehr tun könnte.

Schlussfolgerungen

Kunstfreiheit, staatliche und private Kulturförderung, kulturelle Vielfalt und nachhaltige Kulturpolitik sind für mich die Eckpfeiler einer liberalen Kulturpolitik. Wenn wir für unsere Kulturpolitik kämpfen, stehen wir ein für die Freiheit und für eine freiheitliche Gesellschaft. Dieses Freiheitsverständnis wird von rechts- und linkskonservativen Kräften in Frage gestellt.

Wenn wir für unsere Kulturpolitik kämpfen, setzen wir uns für den republikanischen Staat ein, der für Bildung und Kultur eine Verantwortung hat. Dieses Staatsverständnis wird von Antietatisten in Frage gestellt.

Wenn wir für unsere Kulturpolitik kämpfen, engagieren wir uns für Modernität, Flexibilität und Effektivität. Diese Vorgehensweise wird von Bürokraten in Frage gestellt.

Deshalb müssen wir kämpfen. Darum ist für Freisinnige und Liberale die Kulturpolitik so wichtig. Gerade hier dürfen wir den andern Kräften nicht weichen. Denn die rechts- und linkskonservative Kulturpolitik strahlt in die anderen Politikbereiche aus: Wenn konservative Kräfte keine missliebigen Künstler wollen, ebnet sie in letzter Konsequenz das Feld denjenigen, welche Ausländer, Eingebürgerte oder Muslime ausgrenzen wollen. Wenn linke Kräfte wollen, dass der Staat und seine kulturellen Organisationen die «guten, angenehmen» Autoren stützt und nicht die andern, führt dies nicht nur zu einer «offiziellen», links angehauchten Staatskultur. In logischer Konsequenz führt die Instrumentalisierung der Kunstschaffenden ganz allgemein zur Instrumentalisierung des Bürgers. Der Staat ist nicht mehr für den Bürger da, sondern der Bürger für den Staat. Aus meiner Sicht

müssen wir gerade darum über die Kulturpolitik unsere liberalen Werte vehement verteidigen. Wo Kultur wegbricht, verbreitet sich Intoleranz und schliesslich Gewalt. Die FDP und die Liberalen unterscheiden sich von den andern politischen Kräften durch ihre gesell-

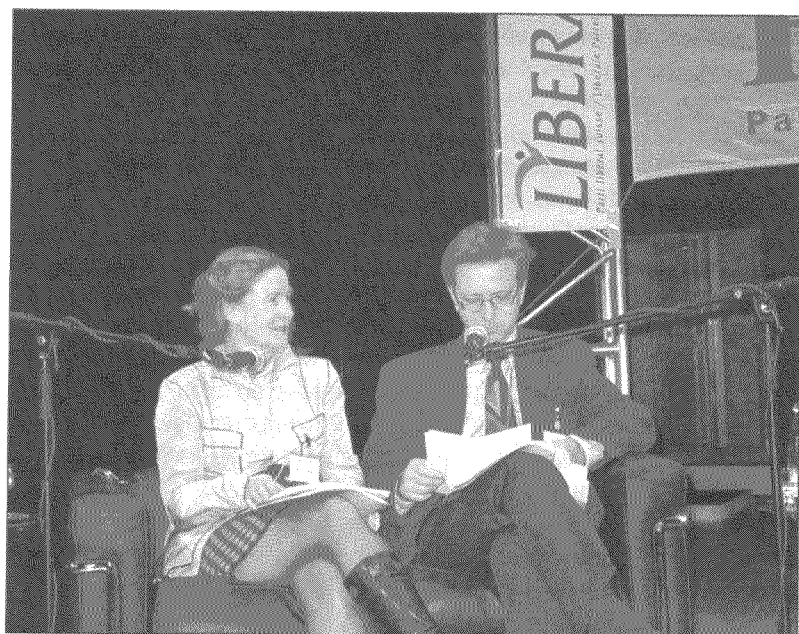
schaftspolitisch offene und tolerante Haltung, ihre Idee eines republikanischen Staates und ihre modern geprägte Vorgehensweise. Das ist unsere Seele. Die Kulturpolitik ist das ideale Gelände, unsere liberale Wertanschauung auszudrücken.» ■

Erfolg und Niederlage

«Jeder Erfolg, den man erzielt, schafft uns einen Feind.
Man muss mittelmässig sein, wenn man beliebt sein will.»
Oscar Wilde, irischer Schriftsteller (1854–1900)

«Der Erfolg bietet sich meist denen, die kühn handeln;
nicht denen, die alles wägen und nichts wagen wollen.»
*Herodot, griechischer Geschichtsschreiber
(um 490–425 v. Chr.)*

«Karriere ist etwas Herrliches, aber man kann sich nicht in
einer kalten Nacht an ihr wärmen.»
*Marilyn Monroe, amerikanische Schauspielerin
(1926–1962)*



Die Liberale Partei der Schweiz war als Mitorganisatorin der Fachtagung mit alt Nationalrätin Barbara Polla (GE) und Nationalrat Claude Ruey (VD) an der Podiumsdiskussion vertreten.



Jean-Frédéric Jauslin, designerter Direktor des Bundesamtes für Kultur, und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder nahmen an der Podiumsdiskussion teil.

Einkaufen am Sonntag

Konsumentinnen und Konsumenten dürfen nicht bevormundet werden

Die Lebensgewohnheiten haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt – die Ladenöffnungszeiten sind die gleichen geblieben. Nach wie vor gehen die Ladentüren am Samstagnachmittag zu und werden erst am Montag wieder geöffnet. Eine moderate Lockerung des Verbots für Sonntagsverkäufe in grossen Bahnhöfen, wie dies eine Gesetzesänderung vorsieht, wäre ein Schritt hin zu mehr Konsumentenfreiheit. Diese Freiheit bekämpfen aber die Gewerkschaften mit dem Referendum.

Von FDP-Pressechef
Christian Weber, Bern



Christian Weber

Die Ladenöffnungszeiten richten sich in der Schweiz nach den allgemein üblichen Arbeitszeiten. Die Folge davon ist, dass es für Berufstätige beinahe unmöglich ist, sich unter der Woche auch nur mit den wichtigsten Nahrungsmitteln einzudecken. Bleibt der Samstag, wo man all dies erledigen kann – oder könnte, weil angesichts der überfüllten Läden nicht wirklich von

«Einkaufen» gesprochen werden kann. Linderung würden hier vermehrt Einkaufsmöglichkeiten am

Wochenende versprechen, wie dies nun in grossen Bahnhöfen vorgesehen ist. Dagegen haben die Gewerkschaften aber ein Referendum eingereicht. Sie wollen die Konsumentinnen und Konsumenten bevormunden und ihnen das Einkaufen am Sonntag verbieten. Aus freisinnig-liberaler Sicht ist dies schlicht unhaltbar.

Konsumentenfreiheit

Bei der Lockerung des Verkaufsverbots geht es nicht um eine generelle Öffnung der Geschäfte am Sonntag, obwohl dies auch nicht abwegig wäre, sollten Ladenbesitzer doch selber entscheiden können, ob sie am Sonntag ihre Waren verkaufen können und wollen. Mit der von den Gewerkschaften bekämpften Gesetzesänderung sollen lediglich die



Frohes Einkaufen soll in grossen Schweizer Bahnhöfen auch am Sonntag möglich sein.

Geschäfte in grossen Bahnhöfen am Sonntag ihre Türen öffnen können – wenn sie wollen, aber sie müssen natürlich nicht. Wenig stichhaltig ist das Argument der Gewerkschaften, dadurch würde das soziale – sprich familiäre – Leben all jener belastet, welche an einem Sonntag arbeiten müssten. Sind denn der Polizist oder die Journalistin, welche sich freiwillig einen Beruf mit Sonntagsarbeit ausgewählt haben, schlechtere Väter und Mütter? Diese Überlegung zeigt, wie absurd dieses vorgeschobene «Schutz»-Argument ist. Wenn wir von einer liberalen Lebensgestaltung sprechen, muss diese alle Bereiche des Lebens umfassen können und darf nicht auf

sechs Tage in der Woche beschränkt werden.

Konsumentenschutz

Auf die Barrikaden gehen für mehr Konsumentenrechte am Sonntag müssten eigentlich all jene Organisationen, die sich als Hüterinnen der Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten verstehen – allen voran die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS). Bis jetzt ist ihr Engagement aber gleich null. Dieses Referendum ist denn auch eine Nagelprobe für die SKS: Setzt sie sich an der Seite der FDP für die Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten ein oder gehorcht sie einer linken Gewerkschafts-Ideologie und stellt sich gegen die Konsumentenfreiheit? ■

Termine

Das Jahresprogramm 2005 der «Liberalen Aktion»

5. März **Mitgliederversammlung in Zug**
Wo steht der Staat im Dickicht der Sozialversicherungen?
Mit den Referenten
– Prof. Franz Jaeger
(«Das Schweizer Modell: Analysen, Tendenzen und Konsequenzen»)
– Dr. Beat Kappeler
(«AHV – Die Entwicklung der letzten 100 Jahre und der Weg in die Zukunft»)
und einer prominent besetzten Diskussionsrunde.
- 2./3. September Sommeruniversität «Unilib» der LPS und FDP in Morges VD
15. Oktober Herbstseminar in Pfäffikon SZ

Weitere Informationen finden Sie auf www.liberaale-aktion.ch.

Ein liberaler Meilenstein

Partnerschaftsgesetz als Lackmustest

Am 5. Juni 2005 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über das Partnerschaftsgesetz ab. Ein neues Rechtsinstitut würde es homosexuellen Paaren ermöglichen, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Die Vorlage bietet Schwulen und Lesben in der Schweiz auch die einmalige Gelegenheit, für Verständnis, Akzeptanz und Toleranz zu werben. Der «Freisinn» sprach mit Lilian Schaufelberger, Co-Präsidentin des Vereins «Ja zum Partnerschaftsgesetz», über die Vorlage, Vorbehalte und die Vorfreude.

«Freisinn»: Lilian Schaufelberger, worum geht es in der Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz?

Lilian Schaufelberger: Es geht darum, dass gleichgeschlechtliche Paare ihre Beziehung rechtlich absichern können; dass all jene Dinge, durch ein Gesetz geregelt werden, die mit privatrechtlichen Verträgen nicht zu regeln sind. Aber es geht auch darum, dass gleichgeschlechtliche Partner die Verantwortung, die sie gegenüber einander und dem Staat wahrneh-

men wollen, auch wahrnehmen können.

Die Gegner der Vorlage argumentieren, es brauche keine eingetragene Partnerschaft. Warum genügt der Status quo nicht? Wozu ein neues Rechtsinstitut?

Die Frage ist hier: Was genau ist denn Status quo? Wir haben bereits jetzt in verschiedenen Kantonen unterschiedliche Regelungen für gleichgeschlechtliche Paare. Abgesehen davon, dass viele Dinge wie zum Beispiel das Erbrecht

gar nicht kantonal geregelt werden können, würde eine Ausdehnung der kantonalen Regelungen nur noch mehr Verwirrung stiften.

Mit der eingetragenen Partnerschaft schaffen wir Klarheit für alle. Angefangen bei den alltäglichen Dingen wie Miet- und Arbeitsrecht über das Erbrecht bis zu den Anmeldungen bei Behörden ist dann für alle klar, in welcher Beziehung das Paar zueinander steht.

Was halten Sie heterosexuellen Konkubinatspaaren entgegen, die befürchten, ihre Verbindung werde künftig schlechter gestellt als eine eingetragene Partnerschaft?

Ihnen steht immer noch die Ehe offen, wo sie dann wieder besser gestellt sind als eingetragene Paare.

Sie bezeichnen das Partnerschaftsgesetz als Meilenstein im Kampf um Anerkennung und Akzeptanz. Warum ist ein Ja zu dieser Vorlage gerade aus liberaler Sicht so wichtig?

Im Zentrum liberaler Politik steht der Mensch. In Freiheit und Verantwortung soll der Einzelne unter Berücksichtigung des Wohles der Gemeinschaft seine Ziele aus einer Vielfalt von Möglichkeiten wählen und bestimmen können. Für Lesben und Schwule bedeutet Freiheit unter anderem auch, mit

Ja zum Partnerschaftsgesetz am 5. Juni 2005

Ja &
Oui &
Sì &

Ja zum Partnerschaftsgesetz
Oui au partenariat enregistré
Sì all'unione registrata.

Am 5. Juni gelangt das «Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare» zur Abstimmung. Die Vorlage wurde von namhaften FDP-Exponentinnen und -Exponenten mitgeprägt und stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur liberalen Lebensgestaltung dar. Das Partnerschaftsgesetz schafft ein neues Rechtsinstitut, welches

es zwei Personen gleichen Geschlechts ermöglicht, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Mit der Vorlage soll die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren namentlich im Bereich des Erb- und Sozialversicherungsrechtes beseitigt und gleichzeitig die Leistung von gegenseitiger Für- und Vorsorge anerkannt werden. Eine Heirat zwischen gleichgeschlechtlichen Partnerinnen und Partnern ist ausgeschlossen. Die Adoption von Kindern ist nicht zulässig.

Die FDP-Frauen Schweiz leiten zusammen mit der SP die nationale Ja-Kampagne.

einer Partnerin oder einem Partner des gleichen Geschlechts zusammenleben zu können, sich zu gegenseitiger Fürsorge und Unterstützung zu verpflichten und dadurch den Staat zu entlasten.

Dazu braucht es eine entsprechende Rechtsgrundlage – eben das Partnerschaftsgesetz. Es geht darum, dass Menschen gegenüber einander und dem Staat Verantwortung übernehmen wollen. Mit dem Partnerschaftsgesetz bekommen gleichgeschlechtliche Paare nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Sie werden gegenüber einander unterhaltspflichtig und zahlen unter Umständen mehr Steuern.

Sie sind im Hinblick auf den Abstimmungsausgang vom 5. Juni zuversichtlich. Wie wollen Sie sich nach geschlagener Schlacht um das Partnerschaftsgesetz weiter für die Frauen und den Freisinn einsetzen?

Meine Planung geht noch nicht ganz so weit. Ich werde erst mal den Juni abwarten und mir dann vielleicht auch mal ein, zwei ruhige Monate gönnen.

Das Interview mit Lilian Schaufelberger führte Barbara Perriard, Generalsekretärin der FDP-Frauen Schweiz.

Zur Person: Lilian Schaufelberger

Lilian Schaufelberger, engagierte Präsidentin von Radigal



Lilian Schaufelberger ist 32 Jahre alt, wohnt, arbeitet und politisiert für die FDP und die FDP-Frauen in der Stadt Zürich. Sie ist Präsidentin von Radigal, der im März 2003 gegründeten freisinnigen Fachgruppe, die sich für die Interessen von Lesben und Schwulen innerhalb und ausserhalb der FDP einsetzt. Zudem ist Lilian Schaufelberger Co-Präsidentin des Vereins «Ja zum Partnerschaftsgesetz», einem Zusammenschluss der nationalen Schwulen- und Lesbianorganisationen.

Mehr Sicherheit dank Schengen/Dublin

FDP-Frauen Schwyz liessen sich von kompetenter Seite informieren

Die FDP-Frauen Kanton Schwyz liessen sich von Nationalrätin Gabi Huber über Schengen/Dublin informieren. Die ehemalige Urner Finanzdirektorin betonte, dass die Schweiz keine Insel ist. «Ein Alleingang der Schweiz ist illusorisch», meinte sie.



Die Urner Nationalrätin Gabi Huber (l.) mit Claudia Föry-Polzer, Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Schwyz.

Von Ursula Smolinski-Stäuble, Goldau SZ

Gabi Huber zeigte sich überzeugt davon, dass der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU richtig ist. Schengen/Dublin ist Bestandteil der Bilateralen II und wie jeder Vertrag ein Verhandlungsergebnis mit

Kompromissen auf beiden Seiten. Huber ist der Ansicht, dass die Schweiz gut verhandelt hat und sich die Vertragsergebnisse sehen lassen können. Sowohl die innere Sicherheit als auch die Bewältigung der Asylströme sind schon längst

keine rein nationalen Probleme mehr, sondern müssen von den europäischen Staaten gemeinsam angegangen werden. So macht es beispielsweise keinen Sinn, wenn ein abgewiesener Asylbewerber in einem anderen Land ein neues

Asylverfahren einleiten kann. Mit Schengen/Dublin sind Zweitgesuche innerhalb der Vertragsstaaten nicht mehr möglich und werden mit Hilfe der Fingerabdruckdatenbank (Eurodac) wirksam verhindert. Mit der verstärkten Polizei- und Justizzusammenarbeit können Verbrechen effizienter geahndet werden. Die Vertragsstaaten haben Zugang zum Fahndungssystem SIS (Schengen Information System). Somit ist Verbrechensbekämpfung europaweit möglich, was auch die Schweiz sicherer macht. Hinzu kommt, dass Schengen/Dublin den Reiseverkehr erleichtert, ohne dass die Sicherheit gefährdet wird.

Für die Warenkontrolle bleiben die Grenzposten bestehen. Bei Verdacht können die Grenzwachter aber auch Personenkontrollen vornehmen. Der erleichterte Reiseverkehr fördert zudem den Tourismus in der Schweiz, da kein separates Einreisevisum mehr nötig ist. Mit dem Schengen-Visum für Kurzaufenthalte von maximal drei Monaten wird die Einreisepolitik zwischen den Vertragsstaaten einheitlich geregelt. Schengen/Dublin sieht für die Schweiz schliesslich eine Sonderregelung zur Wahrung des Bankgeheimnisses vor. Damit ist auch die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz gesichert. ■

Veranstaltungen

Termine

Einladung

zur Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz am Samstag, 5. März 2005, im Kursaal Bern

Achtung: Wegen der vorgezogenen Wahlen für das Präsidium der FDP Schweiz führen die FDP-Frauen Schweiz die für Winterthur geplante Generalversammlung mit einem verkürzten Programm ebenfalls in Bern durch.



Programm

9.45 Uhr Eintreffen der Delegierten und Gäste
Kaffee und Gipfeli / Abgabe der Stimmkarten

10.15 Uhr Beginn der ord. Delegiertenversammlung

Begrüssung durch die Präsidentin,
Regierungsrätin Marianne Dürst (GL)

statutarische Geschäfte

Partnerschaftsgesetz

Referat von Lilian Schaufelberger, Präsidentin Radikal
Diskussion und Parolenfassung

Bildungsoffensive –

Wie weiter nach der Resolution von Martigny?

Referat von Nationalrätin Christa Markwalder (BE)
Diskussion

12.30 Uhr Stehlunch

Die Generalversammlung ist öffentlich. Alle interessierten Damen und Herren sind herzlich eingeladen.

Anmeldung bis 1. März 2005 erbeten an irene.thalmann@bluewin.ch oder per Fax an 01 786 32 42.

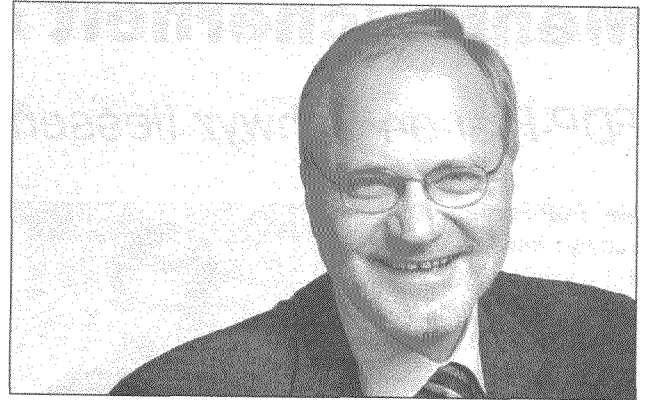
jungfreisinnige schweiz für Georges Theiler!

Der Delegiertenrat der jungfreisinnigen schweiz hat die beiden Kandidaten für das FDP-Parteipräsidium an ein Hearing geladen. Er empfiehlt der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz Georges Theiler zur Wahl.

Nach dem gesundheitsbedingten Rücktritt Rolf Schweigers ist die FDP erneut auf der Suche nach einem Präsidenten. Die jfs danken Fulvio Pelli und Georges Theiler für ihre Bereitschaft, sich als Präsident der FDP Schweiz zur Verfügung zu stellen und den Delegierten eine echte Auswahl zu ermöglichen.

Auch bei diesem wichtigen Personalentscheid – die jfs haben bereits bei der Auswahl der Bundesratskandidaten und den möglichen Nachfolgern für Christiane Langenberger entscheidend mitgewirkt – führten die jfs ein Hearing mit den beiden Kandidaten durch. Beide Kandidaten haben den Delegierten der jfs dar-

gelegt, wie sie die FDP in eine bessere Zukunft führen möchten und welche Bedeutung sie dem Jungfreisinn beimessen. Sie haben aber auch Red und Antwort stehen und zu einigen heiklen Fragen klar Stellung beziehen müssen. Nach einer interessanten und abwechslungsreichen Fragerunde entschied der Delegiertenrat der jfs, Georges Theiler zu unterstützen und ihn den Delegierten ihrer Mutterpartei als Präsidenten der FDP Schweiz zu empfehlen.



Georges Theiler

Ausschlaggebend waren insbesondere die Nähe zu seinem politischen Zwilingsbruder Rolf Schweiger und seine Bereitschaft, den von diesem eingeschlagenen Weg konsequent weiterzuverfolgen. Entscheidend war aber

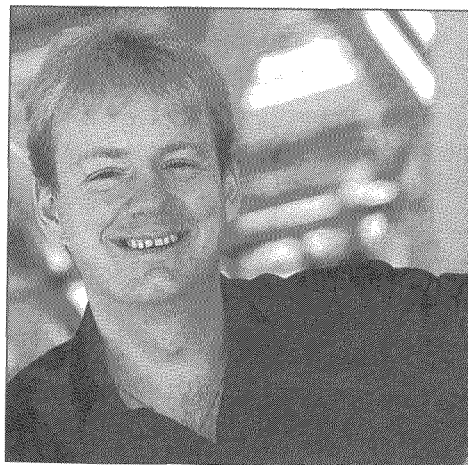
auch sein engagiertes und kämpferisches Auftreten. Die jungfreisinnigen schweiz sind davon überzeugt, dass es der FDP mit Georges Theiler gelingen wird, im Jahr 2007 einen erfolgreichen Wahlkampf zu bestreiten. ■

Wahlen in den Solothurner Kantonsrat

Probleme lösen statt nur verwalten

Die Kantonsratswahlen 2005 stehen im Kanton Solothurn unter besonderen Vorzeichen: Die Zahl der Ratsmitglieder sinkt von 144 auf nunmehr 100. Gleichzeitig werden die Wahlkreise vergrössert, so dass nicht mehr die Bezirke, sondern neu die Amteien einen Wahlkreis bilden. Deshalb haben die jungfreisinnigen kanton solothurn (jfs) entschieden, auf den Listen der Mutterpartei in den Wahlkampf zu steigen.

Von Daniel Helfenfinger, Präsident jfs, Zullwil SO



Daniel Helfenfinger

Während andere Parteien in diesen Voraussetzungen ein Problem sehen, erkennen die jfs darin eine Chance. Nämlich eine Chance für die Wählerinnen und Wähler! Ihnen wird die Möglichkeit geboten, den Kantonsrat von Grund auf neu zusammenzusetzen. In ein verkleinertes Parlament sind entschlossene und kom-

petente Parlamentarier zu wählen. Eine einmalige Chance also, um jungen und engagierten Menschen mit frischen Ansichten in den Kantonsrat zu verhelfen.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten der jfs ist die Politik dazu da, Probleme zu lösen und nicht, sie zu verwalten! Nutzen Sie diese Chance – zum Wohle des Kantons Solothurn! ■

Die Kandidatinnen und Kandidaten der jfs

Amtei Dorneck-Thierstein:
Daniel Helfenfinger, Zullwil

Amtei Thal-Gäu:
Ariel von Arx, Egerkingen

Amtei Solothurn-Lebern:
Adrian Bangerter, Bellach
Pascal Juillerat, Grenchen
David Ruprecht, Bellach
Reto Schorta, Solothurn (bisher)

Amtei Bucheggberg-Wasseramt:
Jean-Louis Féraud, Nennigkofen
Sven Hunziker, Biberist
Andrea Obi, Biberist

Amtei Olten-Gösigen:
Regula Hitz, Lostorf
Patric Küng, Olten
Fabio Rüeeggsegger, Olten
Markus Spielmann, Däniken
Nico Zila, Olten

Wahlen in den Aargauer Grossrat

Mit liberalen Visionen in den Grossen Rat

Unter obenstehendem Motto hat die Junge FDP Aargau mit zwanzig Kandidatinnen und Kandidaten die Grossratswahlen 2005 lanciert. Ihre politische Positionierung sowie ihre Ziele und Forderungen hat die JFDP in einer Wahlplattform aufgestellt, die unter www.jfdp-ag.ch eingesehen werden kann.



Jeannine Glarner



Reto Müller

Die Kandidatinnen und Kandidaten der JFDP AG

Bezirk Aarau:

Adrian Fas, Aarau
Thomas Käser, Unterentfelden

Bezirk Baden:

Lara Bomatter, Ennetbaden
Kevin Kienast, Remetschwil
Norbert Stichert, Untersiggenthal
Caspar Zimmermann, Baden

Bezirk Bremgarten:

Markus Oswald, Bremgarten
Alain Thiébaud, Wohlen

Bezirk Brugg:

Michel Hefti, Brugg
Titus Meier, Brugg
Meinrad Vetter, Brugg
Reto Wettstein, Brugg

Bezirk Laufenburg:

Reto Müller, Münchwilen

Bezirk Lenzburg:

Jeannine Glarner, Wildegg
Stephan Weber, Staufien

Bezirk Muri:

Stefan Huwyler, Mühlau
Conrad Stoffel, Muri

Bezirk Zofingen:

Markus Matter, Kölliken
Rico Weber, Brittnau
Reto Straub, Zofingen-Mühlethal

Von Jeannine Glarner,
Medienverantwortliche
JFDP AG, Wildegg AG,
und Reto Müller,
Präsident JFDP AG,
Münchwilen AG

Im Bildungswesen verlangt die JFDP Aargau neben der umgehenden Einführung von Frühfranzösisch und Frühenglisch auch einen obligatorischen Staatskundeunterricht sowie die Schaffung von Integrationsklassen. Punkto innerer Sicherheit befürworten die Jungfreisinnigen die Aufstockung des kantonalen Polizeikorps, um die Kriminalität wieder umfassend bekämpfen und wieder Verbrechensprävention betreiben zu können. Schliesslich soll die Wirtschaft mit besseren Rahmenbedingungen und Steuerentlastungen gestärkt werden. Durch die konsequente Einhaltung der Ausgaben- und Schuldenbremse werden die Finanzen ausgeglichen bleiben, wodurch Wachstum im Aargau nachhaltig gesichert werden kann. ■

Kurz und bündig

JFDP Baden gegründet



Am 20. Januar 2005 fand die Gründungsversammlung der JFDP Baden statt. Damit hat nun auch der grösste Bezirk des Kantons Aargau eine liberale Jungpartei. Zahlreiche Jungfreisinnige und Freisinnige wohnten der Gründung bei.

Die Versammlung wählte Norbert Stichert zum Präsidenten der neuen jf-Sektion. Als Vizepräsident steht ihm Caspar Zimmermann zur Seite. Weiter nehmen im Vorstand auch Manuel Frei (Kassier) und Fabian Ryer (Homepage-Verantwortlicher) Einsitz. Lara Bomatter und Kevin Kienast übernehmen die Posten der Rechnungsrevisoren.

Der «Schweizer Jungfreisinn» wünscht dem neuen Team einen erfolgreichen Start!

Uni Bern neu jungfreisinnige Hochburg

Alle zwei Jahre sind die Studentinnen und Studenten der Universität Bern aufgefordert, ihren Studentenrat neu zu besetzen. Dieses Jahr gelang es der jungfreisinnigen Sektion, ihre Sitzstärke von 8 auf 11 Mandate zu erhöhen. Das linke Lager hingegen büsste vier Sitze ein.

Wir freuen uns, dass sich offenbar auch in der Studentenschaft der Uni Bern ein Wandel hin zum vernünftigen freisinnigen Denken breit gemacht hat. Der erstarkten jf-Fraktion wünschen wir viel Kraft, um sich mit ihren Anliegen durchsetzen zu können!

Rückblick Delegiertenratssitzung vom 9. Januar 2005 in Freiburg

Die jungfreisinnigen freiburg/jeunes radicaux fribourgeois luden am Samstag, 9. Januar 2005, Vorstand und Delegiertenrat der jfs in die Kantonshauptstadt ein. Neben der Sitzung mit den politischen Inhalten gab uns die Veranstaltung auch Gelegenheit, die Stadt an der Saane besser kennen zu lernen.

Auf der Traktandenliste stand nebst der Budgetgenehmigung auch die erste Lesung zu den beiden neuen Positionspapieren «Landwirtschaftspolitik» und «Energiepolitik». Während das Dossier Landwirtschaft eher ruhig über die Bühne ging, wurde das Energiepapier heftig und kontrovers diskutiert. Der Vorstand nimmt die eingebrachten Ideen mit. Beide Papiere werden am jfs-Kongress 2005, der vom 22. bis 24. April im Kanton Uri stattfinden wird, beraten und verabschiedet.

Anschliessend an Delegiertenratssitzung und Apéro wurden alle Delegierten von den Organisatoren auf eine einstündige Stadtrundfahrt durch die historische Altstadt Freiburgs eingeladen. In einem «City-Train» konnten wir eine tolle Fahrt erleben. Beim abschliessenden Fondueplausch konnten wir uns über die Kantonsgrenzen hinweg über politische Themen unterhalten. Wir danken den jungfreisinnigen freiburg herzlich für die Durchführung dieses Delegiertenrates.

Die neuen EU-Staaten: Ungarn

BUDAPEST

POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

mit FDP-Nationalrat Gerold Bührer

7.-10. APRIL 2005

DONNERSTAG, 7. APRIL 2005

Anreise

9.00 h Treffpunkt Flughafen Zürich-Kloten

Flug

10.10 h Direktflug Zürich-Budapest mit MALEV 565

11.45 h Ankunft Budapest

Transfer

Bustransfer vom Flughafen zum Hotel

Hotel

Grand Hotel Margitsziget ****. Das wunderbar gelegene Hotel auf der Margareteninsel hat den Charme der Jahrhundertwende bewahrt. Benutzung der Bäder im benachbarten Thermalhotel möglich.

Mittagessen

13.30 h fakultativ

Parlament

15.00 h

- 1) Führung durch das Parlamentsgebäude mit einem ungarischen Parlamentarier
- 2) Wir streifen die Geschichte und die Entwicklung Ungarns von der Donaumonarchie bis zur heutigen Demokratie.
- 3) Einführung in die Arbeitsweise des Parlaments mit Besuch einer Sitzung
- 4) Gespräch mit einem Korrespondenten über aktuelle politische Themen in Budapest und Ungarn
- 5) Gespräch über das Schengen-Abkommen in den Ostgebieten zwischen einem Professor der ungarischen Polizeiakademie und unserem Nationalrat Gerold Bührer (Mitglied der Aussenpolitischen Kommission)

Nachtessen

20.00 h in einem traditionellen Restaurant mit Zigeunermusik.
Übernachtung im Hotel

FREITAG, 8. APRIL 2005

Morgen

Frühstücksbuffet im Hotel

9.30 h Bummel durch die Stadt zur Schweizer Botschaft

Schweizer Botschaft

10.30 h Empfang durch Marc-André Salamin, Botschafter der Schweiz in Budapest. Informationen, Fragen und Antworten zu Politik und Wirtschaft Ungarns.

Mittagessen

12.00 h fakultativ

Handelskammer

14.00 h Gespräch mit dem Direktor der Handelskammer Schweiz-Ungarn und mit Persönlichkeiten aus der Wirtschaft.

Apéro

19.00 h Apéro mit Gästen, u. a. mit einem Europaparlamentarier.

Nachtessen

20.00 h Klassische ungarische Kochkunst auf bestem Niveau.
Übernachtung im Hotel.

SAMSTAG, 9. APRIL 2005

Morgen

Frühstücksbuffet im Hotel

Der Morgen steht zur freien Verfügung.

Kaffeehaus

12.00 h Treffpunkt und Mittagessen in einem Kaffeehaus

Nachmittag

13.30 h Bäderkultur – Wir hören etwas von einem Fachmann über die Heilkraft der Thermalquellen und deren Tradition in Budapest.

Porzellan – Handbemaltes Luxusgeschirr. Wir besuchen ein Geschäft der Herendi-Porzellanmanufaktur und hören Fachkundiges über das graziöse Material.

Abend

20.00 h Aktuelle Veranstaltung (fakultativ). Wir empfehlen einen Besuch in der ungarischen Staatsoper («Don Giovanni») oder im Operettentheater.
Übernachtung im Hotel

SONNTAG, 10. APRIL 2005

Morgen

Frühstücksbuffet im Hotel

Check-out im Hotel

Der Morgen steht zur freien Verfügung. Wir empfehlen eine Donauschiffahrt (fakultativ).

Mittagessen

11.30 h Apéro und Mittagessen (ungarische Küche mit Gulasch und Paprika)

Stadt

13.30 h Bummel durch die Stadt mit einem Budapester Architekten: Budapest ist im Aufbruch und deshalb spannend und voller Entdeckungsmöglichkeiten.

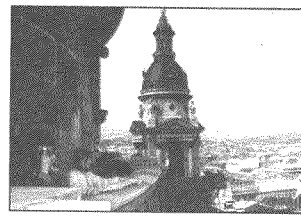
Transfer

16.00 h Transfer zum Flughafen

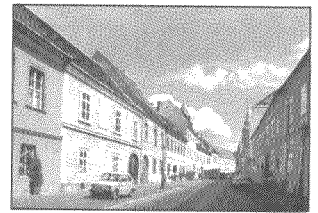
Rückflug

18.15 h Direktflug Budapest-Zürich mit MALEV 566

19.55 h Ankunft in Zürich Kloten



Blick von der St.-Stephans-Basilika.



Im farbenfrohen Burgviertel erwacht Budapests Vergangenheit zu neuem Leben.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Preise:

Pro Person im Doppelzimmer:

Fr. 1760.–

Einzelzimmerzuschlag:

Fr. 180.–

Inklusive:

Economy-Flug mit Malev, 3 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet, Nachtessen mit Musik (Do), Besuch des Parlamentsgebäudes, Gespräch mit einem Korrespondenten, Besuch in der Schweizer Botschaft, Apéro und Nachtessen (Fr), Mittagessen und Apéro (Sa), Bäderführung, Porzellanführung, Architekturführung, Mittagessen (So), sämtliche Transfers

Exklusive:

Persönliche Ausgaben, Annullationskosten-Versicherung, Getränke, Abendveranstaltung, Trinkgelder, Taxi, Flughafentaxen

Annullationskosten:

Bei einer Annullations der Reise entstehen Ihnen folgende Kosten:
0–30 Tage vor Abreise 80% des Totalbetrages
31–50 Tage vor Abreise 55% des Totalbetrages
51–70 Tage vor Abreise 20% des Totalbetrages
Bei einer Annullations entsteht Ihnen immer eine Bearbeitungsgebühr von Fr. 35.–.

Wir empfehlen Ihnen den Abschluss einer Annullationskostenversicherung.

Teilnehmerzahl:

Minimale Teilnehmerzahl:

12 Personen

Maximale Teilnehmerzahl:

20 Personen

Anmeldeschluss:

28. Februar 2005

ORGANISATION UND REISELEITUNG:

CREAZIONE VIAGGI

Alle Rechte an dieser Reise bleiben ausschliesslich CREAZIONE VIAGGI, Schönenwerd, vorbehalten.

Programmänderungen ausdrücklich vorbehalten.



Gerold Bührer.

Ja, diese Reise interessiert mich. Bitte senden Sie mir unverbindlich weitere Informationen.


Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Talon ausfüllen und einsenden an: Generalsekretariat FDP Schweiz, Leserreise, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per E-Mail an zila@fdp.ch

Er kommt bestimmt – auch für die FDP!

schlägt im Meer oder Finanzwesen zu	Schweizer Pinkelkünstler in Paris	Edelsteine, rot wie Michelines Taschen	unpolitische Unordnung Teilzahlgen ohne Vokale	Göttertrank f. Germanen sie fliesst in Petersburg		soll hier beantwortet werden	eine meist runde Sache Beutezug der Polizei	sie wird auch als Crevette gegessen	so hiess einst Gnägis Departement
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
die nächste dauert vom 28.2.-18.3.	FDP Weinbundesrat Apftekönigin im Paradies	3				Vater aller Väter Triller im Notenblatt	4	Rand oder rund Fürwort für die Sache	15
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
harmloser Verkehrs-Club		kurze Nachschrift		dann der Bauer die Rösslein einspannt	2				lateinisches Werk
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
7			kurzes Wehgeschrei Männername	Zwangs- oder Straf-massnahme		liegt im Tessin und ist ein See Oberitaliens	6		
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
weht auch vom Bundeshaus	umzäuntes Schafgehege	so hiess Rembrandts erste Frau	Bachrinne a. Berghang Schneurlaub			5	was gewisse Verbände gerne ergreifen	ehemaliger FDP-Bundesrat aus dem TG	
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
oft auch ein politischer Schwank	1			kann Muni werden eher span. Frauenname			Dörrfütter Couchepins Kanton	10	
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
Parteivertretung im Parlament						paradiesisches Weib ein Bogen i. Lausanne		Politiker mit Schellenkappe	
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
löcherige bis bankrotte Altersversorger	kurze Kurzform alte Schlafmützen	11		macht Blaublütige in Kürze adelig		noch fliesen sie bei der AHV		da schläft der Dachs kleine Prüfung	8
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
einzelne verpfeifen sogar ganze Spiele				ex officio in Kurzform Sattlerstichel		Hauptquellfluss der Weser			
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
drohen BR Merz auch noch auszugehen	grosser Baumarkt	die Stadt mit dem Zuckerhut	Anna als Prinzessin			diesem Esel fehlt's ein wenig		aus der Themse gefischter Aal	9
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
Solothurner FDP-Bundesrat um 1940						Kleinvieh wie ein Pantoffeltierchen			
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
Körperteil, Knochen wo die Bilder laufen				brüllt doppelt in der Thurgauer Fahne	12		amerikanisch vereinigte Staaten	mit Garantie noch ungebraucht	14
↙	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
				wo sich Politiker oft hinauslehnen				kürzester Laufmeter	

Zeigen Sie Flagge für die FDP und gewinnen Sie für Ihre Ortspartei eine FDP-Fahne, die mit Sicherheit auffällt!

1. Preis

Eine FDP-Fahne (2x2 m) für die Veranstaltungen Ihrer Ortspartei. Mit dem FDP-Logo im Grossformat ist ein stilvoller Auftritt garantiert!

2. und 3. Preis

Je nach Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 6. März 2005 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

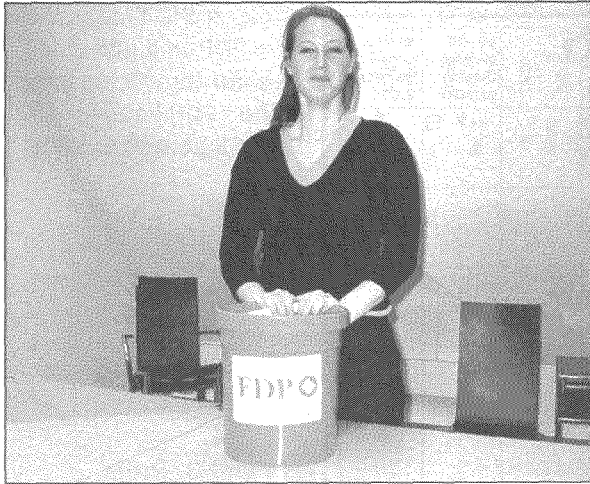
Generalsekretariat FDP
«Freisinn-Rätsel»
z. Hd. Nico Zila
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

Freisinnige sind wetterfest



NATIONALBANKGOLD lautete das Lösungswort des «Freisinn»-Preisrätsels vom Januar. 263 Leserinnen und Leser liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern!

Aus den Einsendungen zog Anuschka Paris, Sekretärin der FDP-Bundeshausfraktion, die glücklichen Gewinner:

1. Preis

eine FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm für Sitzungen an Regentagen
Herr Jean-Philippe Kohl, 3013 Bern BE

2. Preis

ein FDP-Foulard
Frau Brigitte Berger, 3661 Uetendorf BE

3. Preis

eine FDP-Krawatte
Herr Oskar Müller, 5015 Niedererlinsbach SO

Danke, Leila Serrat!

Leila Serrat hat Ende Januar ihr viermonatiges Praktikum im Generalsekretariat der FDP Schweiz beendet. Sie hat sich schweremüdig mit der Organisation der Fachtagung Kulturpolitik und mit der Umsetzung des «Avenir radical»-Projekts zur Schulharmonisierung befasst. Ihre Arbeitskollegen und der «Freisinn» danken Leila Serrat für die grosse Arbeit, die sie für die FDP geleistet hat.

Erfolg und Niederlage

«Es sind nicht die Erfolge, aus denen man lernt,
sondern die Fiascos.»

Coco Chanel, französische Modeschöpferin (1883–1971)

Planen Sie ein Wochenende im Tessin!



Die ordentliche Delegiertenversammlung 2005 der FDP Schweiz findet in Mendrisio TI in den Räumen der «Accademia di architettura» statt und dauert zwei Tage. Reservieren Sie sich das Wochenende vom 15./16. April frühzeitig und freuen Sie sich auf gute politische Diskussionen und auf hoffentlich wunderbares Frühlingswetter!

Neuer Stagiaire im Generalsekretariat



Seit dem 14. Februar arbeitet Daniel Lang im Generalsekretariat der FDP Schweiz. Er wird sich im Rahmen seines Praktikums bis Mitte Juli mit einem vielfältigen Aufgabenbereich beschäftigen. Daniel Lang kommt aus Au SG und ist 28-jährig. Er ist ausgebildeter Primarlehrer und studiert Politikwissenschaft und Betriebswirtschaft an der Universität Bern. Der «Freisinn» wünscht Daniel Lang einen guten Start in seine neue Tätigkeit!

Leserbrief zum «Freisinn» Nr. 1/2005

Mit der Unterstützung des Partnerschaftsgesetzes und neuerdings mit der Forderung nach Anerkennung der Prostitution – vorerst der weiblichen – als Beruf dokumentiert die FDP ein höchst fragwürdiges Verständnis von «liberaler und offener Politik». Umso deutlicher manifestiert sich darin die schleichende Abkehr von bürgerlichen, ja sogar von ethisch-moralischen Werten.

Gleichzeitig scheut man sich zum Beispiel, die ehehemmende Benachteiligung der Ehe- gegenüber Konkubinatspaaren bei den AHV-Altersrenten erneut zu the-

matisieren. Schon 1980 forderte die damalige FDP-Nationalrätin Cornelia Füg-Hitz zivilstandsunabhängige Altersrenten (NZZ 203 vom 2. September 1980). Die Sicherung des Bestehenden in allen Ehren. Doch: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen (...) der sozialen Stellung, der Lebensform...» (Bundesverfassung Art. 8).

*Peter Marti, 8051 Zürich
Mitglied der FDP Zürich 12*

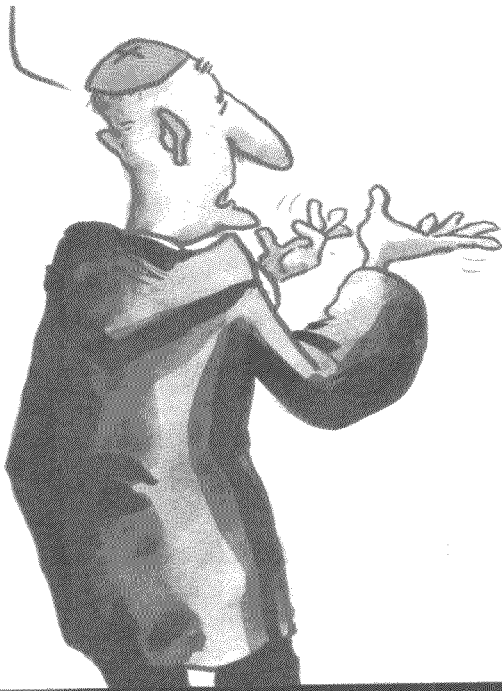
MEIN SOHN,
ES IST SONNTAG
UND DEIN LADEN
IST OFFEN!



ICH WEISS,
HOCHWÜRDEN.
VÖLLIG
LEGAL!

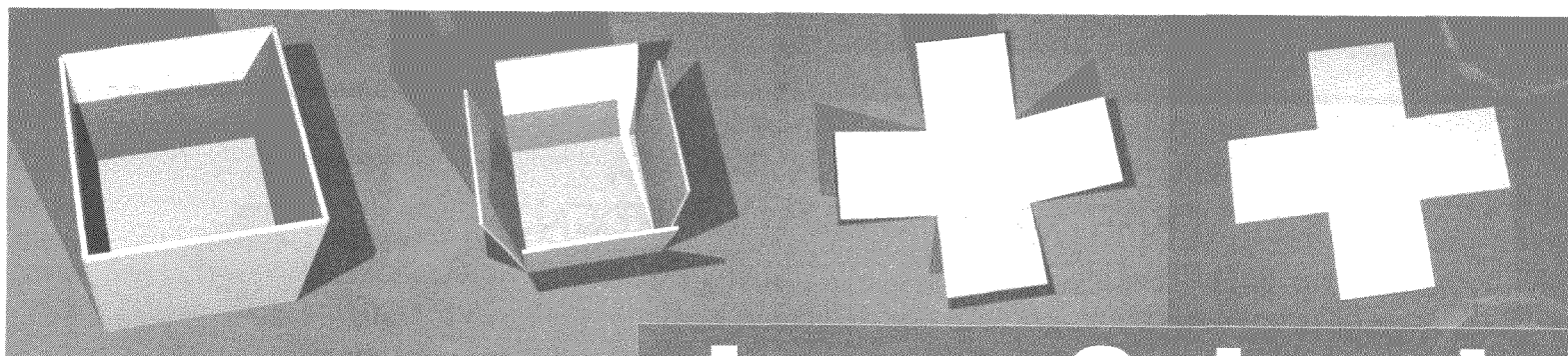


ICH FINDE ES TROTZDEM STOSSEND!



Karikatur Andreas Töns

Ein souveräner Entscheid.



Ja zur Schweiz Ja zu den Bilateralen Abkommen

Der Volksauftrag

Im Jahr 2000 hat sich das Volk klar für den Bilateralen Weg entschieden: 67% der Schweizerinnen und Schweizer haben den Bilateralen Abkommen mit der EU zugestimmt. Diese Abkommen mit unserem wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner haben sich bewährt. Die Bilateralen sind für unser Land unverzichtbar.

Jetzt den Bilateralen Weg fortsetzen

Die Bilateralen Abkommen II liegen auf dem Tisch. Ebenso das Personenverkehrs-Abkommen mit den neuen EU-Ländern. Ohne die Erweiterung der Personenfreizügigkeit sind alle Bilateralen Abkommen I gefährdet.

Das Parlament hat entschieden:

Wir bleiben ein Land, das sich nicht abschottet.

Ein Land, das weiterhin auf nutzbringende und pragmatische Lösungen setzt.

Souverän verhandelt

Unser Land hat klug verhandelt und viel erreicht. Die Interessen der Schweiz bleiben gewahrt. Die neuen Abkommen sind ein wichtiger Beitrag für Wachstum und Sicherheit. Es wäre ein grosser Fehler, die Verträge nun durch Fundamentalopposition aufs Spiel zu setzen.

Opposition ohne Alternative

Die Schweiz braucht die Bilateralen Abkommen, um die guten Beziehungen zur EU zu festigen. Die Verträge fördern wirtschaftliche Entwicklung und tragen damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Sozialwerke bei.

Das ist Souveränität.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei